

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends
Monatsbezugspreis - 80 Goldmark (ohne Bestellgeld)
Bestellungen nur durch die Post
Schluß des Blattes: Donnerstags mittags

Herausgegeben vom
Deutschen Baugewerksbund
Hamburg 25, Wallstr. 1

Anzeigen der Baugewerkschaften kosten - 50 Goldmark
für die dreispaltige Kleinzeile oder deren Raum
Anzeigen für den Arbeitsmarkt 3 Goldmark

Unser Bundestag.

Erster Verhandlungstag vom 3. September.
Nachmittags-Sitzung.

Zu Beginn der Sitzung begrüßt der Vorsitzende Silberstein den Vertreter des Malerverbandes, Kollegen Streine, der als Gast dem Bundestag beiwohnen wird. Dann berichtet Gante (Bundesausschuß) über die Beschwerdefälle, die den Bundesausschuß nach Abschluß des Bundestages schriftlich vorgelegten Berichtes beschäftigt haben. Daran anschließend weist Nebner darauf hin, daß man sich in Mitgliederkreisen des Bundes meistens nur dann erinnert, wenn Beschwerden zu erheben sind. Der Bundesausschuß muß sich bei seinen Entscheidungen genau an die Satzungen halten. Er kann Weisungen des Bundesvorstandes nur dann beanstanden, wenn die Satzungen verletzt wurden. Deshalb ist stets eine genaue Schilderung der der Beschwerde zugrunde liegenden Vorgänge erforderlich. Wegen die Geschäftsführung des Bundesvorstandes hatte der Bundesausschuß nichts einzuwenden. Das gleiche ergab sich aus dem vom Nebner vorgetragenen Bericht der Revisionen für den Bundeskassierer, dessen Entlastung sie beantragen. Besonders wurde anerkannt, daß es der Kassierverwaltung durch ihre Mühe und Eingabe gelungen ist, die großen Schwierigkeiten zu überwinden, die ihrer Arbeit besonders in der Berichtszeit gegenüberstanden.

Bernhard (Bundesausschuß) berichtet sodann über die kommunistischen Intrigen in unserm Bunde. Er ging davon aus, daß diese Bewegung ihre Wurzel in den Berufsverbänden eines armen Staates, Russlands, hat. Dort seien nach der Revolution die Sonne einer besten Zeit aufgegangen zu sein. Manche Arbeiter meinten, was dort möglich war, müsse auch anderwärts möglich sein. Die Gewerkschaften haben demgegenüber betont, daß die Annäherung der Proletariat nicht durch Zwang mit einem Schläge zu erreichen ist. Dazu ist wirtschaftliche Macht erforderlich. Ein Zwang, der bei dem Kulturstand in Russland möglich ist, bleibt in seiner Warenverförmung von anderen Ländern abhängig ist, undurchführbar. Eine vollkommene Umstellung zum Sozialismus ist erst dann möglich, wenn die zum Sozialismus führenden Kräfte über die Matuschäpe in allen Ländern bestimmen können. Hat der russische Bauer einmal eine höhere Stufe der Kultur erreicht, dann wird er die Diktatur eines Industrieproletariats nicht mehr ertragen. In Industrieländern wie England, Belgien, Deutschland usw., ist eine Umstellung nach russischem Muster nicht durchführbar. Nach beendeten Kriegen strömten den Gewerkschaften Millionen bisher nicht organisiert gewesener Arbeiter zu. Mit dem Mitgliedsdruck in der Tasche waren sie jedoch noch nicht losgebunden geworden. Leidet schenken sie den Einküsterungen der falschen, vom Russland kommenden Prophezen Glauben. Infast sich in die Gewerkschaften eingeleben, suchten sie, diese der Gemalpolitik Moskau unterzuordnen. Dadurch wurden die Gewerkschaften trotz ihres Mitgliederwachstums nicht gestärkt, sondern geschwächt. Damit hat Moskau zugunsten der Unternehmer gearbeitet. Gegen diese, ihre Macht und ihr Ansehen untergebenden Berufsverbände bestrebungen mußten sich die Gewerkschaften zur Wehr setzen. Der Gewerkschafts-Kongress in Nürnberg hat dagegen Stellung genommen, ebenso auch unsere Verbandstage in Parisruhe und Leipzig. In jeder Gemeinschaft müssen sich alle den in ihr geltenden Gesetzen unterordnen, sonst ist eine Gemeinschaft nicht möglich. In unsern Satzungen ist klar ausgesprochen, was bei uns Gesetz ist. Innerhalb dieser Gesetze liegen die Grenzen jeder Opposition. Wer sich diesen Gesetzen nicht einordnen will, muß die Gemeinschaft lösen, sonst handelt er unethisch. Schon im Jahre 1919, als die Wanderer und Nonforten noch unsere Verbandsmitglieder waren, da haben sie schon in Schriften, Rundschreiben an Bundesdelegierte usw. darauf hingearbeitet, unsere Organisation zu spalten. Es wurde sogar offen ausgesprochen, daß eine Spaltung erforderlich sei zur Durchführung ihrer als kommunistisch bezeichneten Törichte. Unsere Kollegen finden über diese, für jeden wahren Gewerkschafter tieftraurigen Vorgänge in der Kirchl vom Bundesvorstand herausgegebenen Schrift über kommunistische Intrigen sehr wissenswertes Material. Seit unserm Leipziger Verbandstag hat sich so recht die Schwierigkeit dieser Leute gezeigt. Es gab für den Bund keine andere Möglichkeit mehr, als sich gegen diese Satzungen zu wehren, indem er die Mitglieder, die sich den Satzungen nicht fügen wollten, aus seinen Reihen entfernte. Die wirtschaftliche Not brachte es mit sich, daß viele Bauarbeiter mit diesen Treibezelen sympathisierten. Viele Bauarbeiter sind dadurch an den Grundfragen der Gewerkschaften irre geworden, sind den Helfern zugefallen, aber nicht bei ihnen

geblieben, und so hat sich wieder ein Heer von Indifferenten gebildet. In der Auffassung übertrieben hoher Forderungen haben diese Leute immer groß. Wenn aber um solche Forderung gekämpft werden sollte, so verfielen sie. In Halle forderten sie ihre Leute beispielsweise auf, sich nicht von den Unternehmern provozieren zu lassen und in der Arbeit zu bleiben. Wo unsere Kollegen zum Streik übergingen, hielten sie ihre Leute in der Arbeit fest. Wo unsere Kollegen durch Zeistritts vorgingen, suchten sie nach ihrer Manier die Kampffront zu „verbreitern“. Immer arbeiteten sie dem Unternehmertum in die Hände. Diese von Moskau geschaffenen und ausgehaltenen Organisationen verdienen die Bezeichnung Gewerkschaften nicht. Durch ihr Treiben schänden sie diesen Namen. Die Treiber haben schließlich ein, daß es für ihre Zwecke eine Dummheit war, die Arbeiter aus den Gewerkschaften hinauszutreiben. Jetzt kam der Gegenbefehl: wieder hinein in die Gewerkschaften, um dort weiter zu wühlen.

forderten Löhne zahlen sollen. Wegen dem „Grundstein“ hat Nebner keine Beschwerden. Wenn durch Anzeigen eine erhebliche Einnahme zu erzielen ist, so sollten wir davon Gebrauch machen. Die vom Kollegen Bernhard vorgebrachten kommunistischen Treiberkreise ergänzt Nebner aus den Erfahrungen, die er in seinem Arbeitsbereich gemacht hat.

Reise, Breslau: Die Werbearbeit war in letzter Zeit sehr erschwert, weil mit dem Zu- und Abstromen zarussfremder Arbeiter die Durchorganisierung dieses Zuwachses nicht so gründlich vorgenommen werden konnte, wie bei den ständig im Baugewerbe tätigen Facharbeitern. Diesem Sach wurden diese aus ihrer Arbeit verdrängt durch billiger anbietenden Zustrom. Die Sozialisierung sollte dadurch gefördert werden, daß den Bauern in Betracht kommende Personen die „Soziale Bauwirtschaft“ zu einem billigeren Preise geliefert wird. Ob der Erfolg eines Volksbegehrens über das Washingtoner Abkommen die dafür aufzubewendenden Mittel lohnen würde, ist dem Nebner zweifelhaft. Nebner geißelt besonders die unethische Einstellung der bolschewistischen Richtung. Auf unserm Jahrgangentag der Tiefbauarbeiter mußte ein Kollege dieser Richtung zugeben, daß unser Bundesausschuß alles getan hat, den Achtstundentag zu halten. In ihren Zeitungen aber schreiben sie, die Bauplätze hätten den Achtstundentag verfallen, die Bauarbeiter an die Baumunternehmer verkauft usw. Fragen aus dem Arbeiterrecht, Verfügungen gegen die Gewerkschaften sollten im „Grundstein“ recht eingehend behandelt werden.

Wichtig, Leipzig: Bei der Bildung von Industrieverbänden hängt es nicht allein von der vom Gewerkschafts-Kongress eingesetzten Kommission ab, wie weit eine bezügliche Umorganisierung durchgeführt wird, es kommen dafür auch die Verhältnisse in Betracht; vor allem müssen die Arbeiter selbst dafür werden. Die Sozialisierung sollte noch viel mehr gefördert werden. Parteipolitische Neutralität darf nicht zu politischer Engherzigkeit führen. Die Kollegen ausfordern, sozialistisch zu wählen, ist unerlässlich; es sollte in aller Klarheit gesagt werden: wählt sozialdemokratisch!

Schmidt, Chemnitz: hat das kommunistische Treiben an seiner Quelle kennengelernt. Aus seiner Erfahrung schildert er, wie nichts zu sehen war, was diese Leute gegen unsern Bund ins Treffen geführt haben. Aber erhebliche Abspaltungen sind ihnen trotz alledem als Früchte ihrer elenden Tätigkeit nicht gelungen. Es kann gar nicht scharf genug hervorzuheben werden, daß diese Leute keine Arbeitervertreter sind. Vor allem können sie nicht wieder in den Verband aufgenommen werden unter Anrechnung der in der Gegenorganisation erworbenen Ansprüche.

Len, Hamburg, empfiehlt, nach den ausgezeichneten Ausführungen des Kollegen Bernhard Kommunisten in der Aussprache möglichst nicht mehr zu vernehmen.

Güttmann, Frankfurt: Wollen wir den Zusammenschluß aller Bauarbeiter und Bauhofarbeiter erreichen, so müssen wir Vorbehalte treffen, daß die Verufe sich frei in der Gemeinschaftsorganisation bewegen können. Auf die Vorschläge der Industrieverbandskommission können wir nicht warten. Unsere Kollegen müssen selbst für die Einheit werden. Die Verluste, die unsere Organisation erleiden hat, beruhen auf dem Schmierigkeiten, die der Werbearbeit entgegenstanden. Viele Arbeiter sind aus dem Baugewerbe hinausgedrängt worden, weil es an Arbeit fehlt. Wir werden die Verluste wieder einholen. Das wird eine schwere Arbeit sein; sie wird erst nach und nach Früchte tragen. Trotzdem dürfen wir uns nicht fügen, sie mit allen Kräften in Angriff zu nehmen. Wir haben auch trotz aller Schwierigkeiten, die uns in unserm Bezirk durch die Bekämpfung entstanden sind, eine geschlossene Linie auf arbeitender Baugewerkschaften. Die Neutralitätsresolutions haben uns wenig geschadet, weil es eine Neutralität in unserm Innern eigentlich gar nicht gibt. Sie führen zu der Gefahr der Handelei. Nebner hält es mit dem Schriftleiter, dem Kollegen Schmidt, daß wir ausprechen müssen, was ist.

Waplow erläutert die Auffassung des Bundesausschusses zu den beim Bericht zu besprechenden Anträgen. Dabei hebt er hervor, daß die Mittrauensanträge kaum erörtert zu werden brauchen. Der Bundesausschuß wird aber eine Vertrauenserkklärung fordern. Alle Anträge dieser Art finden in der Entscheidung über den kommunistischen Treiberkreise die ihnen zukommende Würdigung. Weisungen über vermeintlich zu Unrecht vorgenommene Ausschüsse für den Bundestag einem vierteljährig zu bildenden Weisungsausschuß überweisen, andere Anträge, die sich auf den Ausba des „Grundstein“ beziehen, werden am besten dem Bundesausschuß überweisen, damit ihnen nach Möglichkeit entgegengehandelt werden kann. Anträge, die den „Grundstein“ wegen seiner Haltung tadeln wollen, sollen ebenso behandelt werden wie die Mittrauensanträge. Der „Grundstein“ hat gegen keine Partei gearbeitet, sondern nur zurückgewiesen, was im Auftrag einer Partei gegen unsern Bund an Mißbetrachtlichkeiten verübt wurde. Weitere Anträge, die sich auf Verwaltungsangelegenheiten beziehen,

**Internationaler
Anti-Kriegstag
am 21. September**
Bundesmitglieder! Beteiligt Euch
an diesem Tage an den Kund-
gebungen für den Völkfrieden
und die Völkerverbrüderung!
Demonstriert in Massen!
Nie wieder Krieg!

Ihre führenden Gegenorganisationen sollten aber bestehen bleiben. Reiches Material, wie Redaktionen führender Personen der kommunistischen Partei- oder Gewerkschaftszentrale, aus Schriften, aus ihren Kongreßbeschlüssen, aus Entschlüsseungen usw. konnte Nebner anführen als Beweis für die gewerkschaftsschädigende Tätigkeit dieser Leute. Leute wollen sie mit ihren Einheitsfronttreibern der absterbenden kommunistischen Partei zu neuem Leben verhelfen mit dem Ziel der Eroberung der Gewerkschaften. Darauf laufen alle ihre Heuerungen hinaus. Es hat auch keinen Zweck, von etwa wieder eintretenden Anhängern dieser Richtung eine unterchristliche Anerkennung der Satzungen und gewerkschaftliche Gemeinschaftsgehe zu fordern. Denn sie sind gehalten, unethisch zu handeln und bezügliche Verpflichtungen auf Parteibefehl in den Wind zu schlagen. Zur Disziplin sind sie nur gegenüber ihrer Partei verpflichtet, und zwar unter den rigorosesten Vorbehaltungen. Gegenüber den Gewerkschaften wird ihnen auferlegt, nach Meinungen Moralbegriffen zu handeln. Wiederholt hat die SPD, aus ihren Reihen Mitglieder unseres Bundes ausgeschloßen, weil sie unsere Satzungen höher stellten als ihre Parteianweisungen. Als Hauptmittel ihrer Arbeit suchen sie die Betrücheltzen aufzuwickeln. Ein Zusammengehen mit dieser Richtung ist für uns unmöglich. Wir verabscheuen ihre Methoden. Mitglieder, die mit diesen Leuten irgendeine Gemeinschaft halten, sind in unsern Reihen unmöglich. Das Wort: „Proletariat aller Länder, vereinigt Euch!“ haben sie in ihre Gegenteil verkehrt, sie haben die Arbeiterklasse verunreinigt. Wo sie herrschen, da gibt es keine gewerkschaftliche, keine persönliche, keine soziale, keine politische Freiheit. Terror, Schmutz, Immoralität sind ihre Berufswaffen. Dagegen müssen wir kämpfen mit aller Kraft und Entschiedenheit für die Einheit unseres Bundes. Die Einheit in unserm Bunde muß unser ganzes Ziel und Streben sein! (Schluß des Beisatz.)

In der dann beginnenden Aussprache werden die zu dem Bericht des Bundesausschusses gehörenden Anträge und Entschlüsseungen mit einbezogen.

Huff, Neunkirchen, ist mit der Tätigkeit des Bundesausschusses einverstanden. Vor allem müssen wir die Mittel finden für den Wiederaufbau unseres Bundes. In der Beitragsvorlage hat Nebner die den Klassen der Baugewerkschaften zugehörigen Mitgliedsanteile für nicht ausreichend; denn wenn den an sich hohen Beiträgen sei es bei den gegenwärtigen Verhältnissen nicht angänglich, den Mitgliedsbeiträgen besondere Vereinszuschüsse aufzuerlegen. Die Erwerbslosenunterstützung könnte vielleicht getrennt wieder eingeführt werden. Quert die Krankenunterstützung, später die Erwerbslosenunterstützung. Für Stuttgart trägt Nebner Inanspruchnahmen vor, die sich bei der dortigen Bauhülfe bei Durchführung der Lohnbewegungsstrategien herausgestellt haben. Er beantwortet desfalls einen Antrag, wonach die Bauhülften bei Lohnbewegungen die a-

Vernhard (Schlußwort): Man hat es mir sehr leicht gemacht. Zu den Ausführungen bereit, die gegen meine Ausführungen aufgetreten sind, habe ich wenig zu sagen. Es gibt nur einen Weg und ein Ziel: Die Erziehung der Mitglieder zur Gewerkschaftspflicht. Wo sind denn die Erfolge der Ausgeriffenen? Ihre von ihnen veröffentlichten Mitgliederzahlen sind belanglos und außerdem stark nach oben „abgerundet“. Im ergebnisreichen und im plausiblen Gebiet, wo die bolschewistische Propaganda seit Jahren mit Hochdruck betrieben wird, haben wir trotz aller Madenschaften der Gegenseite heute mindestens viermal soviel Mitglieder als die Haintrüffel. Ich wiederhole: Alle, die bestrebt sind, ehrlich und Hand in Hand mit uns zu arbeiten, sind uns willkommen. Aber dann Vertrauen gegen Vertrauen! Die Angehörigen des Bundes, die eine aufreidende und maßvolle Arbeit leisten, müssen überall bei ihrer Tätigkeit geachtet werden. Selbst auf diese Weise können wir vorwärts kommen. Selbst auf dieser Weise erklärt, die Antikommunisten, die mit allen Mitteln geschickt worden ist, begimme schädlich zu wirken. Das möge auch jene Seite beachten. Unsere gewerkschaftlichen Schritte müssen wir unter allen Umständen hochhalten. Die muß jeder, der mit uns will, anerkennen. Dafür stehen und kämpfen wir im Interesse des Bundes!

Raeplow (Schlußwort): Gegen die Tätigkeit des Vorstandes ist recht wenig eingewendet worden. Den Bauarbeiterführer müssen wir mit allen Kräften fördern. Das gleiche gilt für die Sozialisierung der Baubetriebe. Bei unseren Arbeitskämpfen bilden die Bauhütten für uns eine wertvolle Stütze. Sie haben schon manchen Streik oder manne Ausprägung zu unseren Gunsten entscheidend beeinflusst. Unsere für die Bauhütten aufgestellten Richtlinien, die bei Arbeitskämpfen beachtet werden sollen, sind oben nur Richtlinien, von denen, falls es die Umstände erfordern, auch einmal abgesehen werden kann. Unsere Bauhütten dürfen wir nie schädigen. Sie sind unser Werk. Ihnen jede Rücksichtnahme! Bei allen vorkommenden Differenzen muß eine gütliche und gerechte Einigung stattfinden. Ich bitte dringend, es nicht nur bei der Entschließung zu belassen, sondern noch einen Schritt weiterzugehen und die 5 % zu bewilligen. Unsere Neutralität ist so zu verstehen, daß wir mit jedem zusammen arbeiten, der unsere gewerkschaftlichen Grundzüge anerkennt. Dabei ordnen wir uns keiner Partei unter. Wir würden uns auch gegen die Sozialdemokratische Partei wenden, wenn sie durch irgendeine Handlung unsere Bestrebungen schädigte. So weit darf die Neutralität nie führen, daß wir uns im „Grundstein“ nicht wehren sollen gegen irgendwelche Angriffe politischer Parteien. Damit best ist sich vollständig, was feinerzeit in Karlsruhe und Leipzig geschehen möge unsere Leipziger Entschließung mit kleiner Abänderung erneuert werden. Ich schließe. Der Bundestag schaffe freie Bahn für eine freie und unbehinderte Weiterentwicklung unseres Baugewerksbundes! (Beifall) (Beifall und Händelklatschen).

Es folgen Abkimmungen. Zunächst wird über den nachstehenden Antrag abgestimmt:

Der Bundestag billigt die Geschäftsführung des Bundesvorstandes, der Schriftleitung des „Grundstein“ und des Bundesauschusses.

Ueber die Anträge, die für den Bundesvorstand und die Schriftleitung des „Grundstein“ ein Misstrauensvotum oder den Ausschluß dieser Kollegen herbeiführen wollen, geht der Bundestag zur Tagesordnung über.

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen. (Stürmischer Beifall, lebhaftes Händelklatschen).

Damit sind eine Anzahl Anträge erledigt. Die Frage des Bauarbeiterführers wird folgende Entschließung angenommen:

Der erste ordentliche Bundestag des Deutschen Baugewerksbundes stellt mit tiefem Bedauern fest, daß die früheren Ansätze zur Ausgestaltung der Unfallversicherung im Baugewerbe völlig zum Stillstand gekommen sind und daß durch Verminderung oder Einstellung der Bauaufsicht eine starke Verschlechterung des Bauarbeiterführers eingetreten ist. Die bisherigen Vorstellungen der baugewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen zur Verbesserung und wirksamen Durchführung der gebotenen Schutzmaßnahmen sind wieder von den gesetzgebenden Körperschaften noch von den Unternehmern und Bauleitungen genügend beachtet worden.

Der Bundestag fordert deshalb erneut und mit größtem Nachdruck die gesetzliche Anerkennung und Sicherstellung der seit Jahrzehnten von den Bauarbeiterorganisationen geforderten Schutzmaßnahmen.

Die Mitglieder des Baugewerksbundes haben die Pflicht, sich nach ihrem besten Können selbst zu schützen gegen alle Gefahren, die bei der Arbeit an sie herantreten. Mithin sind die Unternehmern und deren Vertreter müssen überdurchschnittliches Aufsehen der Gesetzgeber herbeiführen werden. Wenn es nötig und angebracht ist, soll der Bundesvorstand die Baugewerkschaften anweisen, die Arbeiter einstellen zu lassen, um den Bauarbeiterführer zu erzwingen.

Zum Schlichtungswesen wird gegen eine Stimme die nachstehende Entschließung angenommen:

„Durch die Schlichtungsordnung vom 30. Oktober 1923 mit ihren Ausführungsbestimmungen wird das freie Betätigungsrecht der Gewerkschaften eingeschränkt, der Grundgedanke der Vertragsfreiheit beseitigt. Die seit Erlass der Verordnung geübte Zwangsvereinbarung des Staates in den Wirtschaftskreisen hat den ersten Vorteil für das Gemeinwohl nicht gebracht, vielmehr in der Arbeiterfrage eine berechtigten Mithinigung gegen die Schlichtungsbehörde erzeugt. Eine Verwirklichung der sozialen Forderungen des Gemeinwohles kann nicht durch Entschuldigungen äußerer Umstände erreicht werden, sondern nur, wenn sich die schaffenden Kräfte freiwillig in eine selbst-

gegebene Ordnung einfügen. Im deutschen Baugewerbe ist durch das mehr als 2 Jahrzehnte alte Tarifvertragswesen die Selbstverwaltung und das freiwillige Schlichtungsverfahren fast eingebüßt. Die Bauarbeiter empfinden daher jedes Zwangsverfahren als ein schweres Unrecht, um so mehr, als die Schlichtungsordnung keine Rechtsmittel gegen die Schlichtungsprüfung kennt, also eine Nachprüfung ihrer sachlichen Haltbarkeit unmöglich ist.

Der erste Bundestag des Deutschen Baugewerksbundes bekennt sich im übrigen zu der Entschließung des Bundesauschusses des DGBB. vom 18. März 1924 und unterstreicht ganz besonders, daß die deutschen Bauarbeiter auf das Recht, erforderlichenfalls als letztes Mittel des Kampfes für berechtigte Arbeiterforderungen den Streit anzunehmen, nicht verzichten.“

Zur Sozialisierung im Baugewerbe wird der folgenden Entschließung gegen 4 Stimmen zugestimmt:

„Der erste ordentliche Bundestag des Baugewerksbundes erneuert und bekräftigt die Beschlüsse der Bauarbeiterverbandsstage von Weimar, Karlsruhe und Leipzig zur Sozialisierung des Baugewerbes, und verpflichtet die Mitglieder des Baugewerksbundes, tatkräftig für die Erweiterung und endliche Durchführung der Weimarer und Leipziger Beschlüsse einzutreten: mit ihrer Arbeitstätigkeit in den sozialen Baubetrieben, und werben überall, wo sie Gelegenheit dazu haben, daß die zur Durchführung der Arbeit der Bundestag, daß sie die zur Durchführung der Sozialisierung geschaffenen Betriebe nach bester Möglichkeit unterstützen, damit sie jeder Konkurrenz gewachsen sind. Der Bundesvorstand wird beauftragt, die Verbindung mit dem Verband Sozialer Baubetriebe auch fernerhin aufrechtzuerhalten und sich an dessen weiteren Aufbau und Ausbau moralisch und materiell zu beteiligen.“

Außerdem wird beschlossen, den Vorstand zu beauftragen, zur Unterstützung der Sozialisierungsbestrebungen 5 % der Bundesbeiträge bereitzustellen. Gegen die vollständige Forderung der Sozialisierungsbestrebungen wird gegen 2 Stimmen die nachstehende Entschließung angenommen:

Die von der kommunistischen Internationale und ihren Zweigorganisationen in Deutschland bisher betriebenen Bolschewisierungsbemühungen der Gewerkschaften haben den Deutschen Baugewerksbund wie auch seine Vorgänger zur Gegenwehr gezwungen. Er hat in der Beachtung aller gewerkschaftlicher Grundzüge und des auf den Verbandsstagen des Deutschen Baugewerksbundes in Karlsruhe und Leipzig gefassten Beschlusses ihrer parteipolitischen Neutralität die beste Wehr gegen die kommunistischen Bestrebungen gefunden. Wodurch haben die sich parteipolitisch gegen den kommunistischen Partei stehenden Verbandsstagen des Bundes auf Anordnung ihrer Partei diesen Verbandsstagen beschluß und die damit im Zusammenhang stehenden Bestimmungen der Bundesfassung missachtend nicht befolgt, sie haben sogar häufig ihre Vertrauensstellungen im Bundesverband, um die Pläne ihrer Partei zu verwirklichen. In solchen Fällen ist eine Sicherung der einheitlichen Bestrebungen im Bundesverband notwendig. Der Bundestag hat daher beschlossen, die ihm als Hüter der Verfassung des Bundes übertragenen Rechte (Ausschluß von Mitgliedern und Ausschluß oder Aufhebung von Baugewerkschaften) zu gebrauchen.

Der Bundestag erkennt an, daß für die Entscheidung des Bundesvorstandes nur die durch den Mehrheitswillen der Mitglieder gefasste Bundesfassung bestimmend war.

Die Ausgeschlossenen haben sich mit anderen irreführenden Berufslogen zusammengesunden in dem „Verband der Ausgeschlossenen“. Er ist als wirtschaftliche Sektion der kommunistischen Partei Mitglied der Roten Gewerkschaftsinternationale, und es werden ihm daher seine Aufgaben von Moskau über die Gewerkschaftsableitung der KPD zugewiesen. Sein Ziel ist die Eroberung der freigewerkschaftlichen Bauarbeiterorganisationen, in erster Linie des Deutschen Baugewerksbundes. Zu diesem Zwecke verbinden sich die Mitglieder des Ausgeschlossenenverbandes mit parteipolitisch Gleichgesinnten in unserm Bunde, die als sogenannte Opposition unter dem Gebot des Verbandes der Ausgeschlossenen und der kommunistischen Partei stehend, wieder in besonderen Organisationen (Fraktionen, Zellen, Aktionskomitees, Kampfgemeinschaften, Komitees zur Verteilung (lies: Spaltung) der gewerkschaftlichen Einheit usw.) zusammengeschlossen sind, um den Bund durch planmäßige Unterwühlung seines Baues zu sprengen, da ihnen die Eroberung des Bundes nicht möglich ist. Diese mit den verwirklichten Mitteln und unter der heuchlerischen Losung: Einheitsfront und Wiederbereinigung, betriebene Bestrebungsarbeit hat bereits für die deutschen Bauarbeiter die schwersten Nachteile gezeigt.

Der „Ausgeschlossenenverband“ hat durch seine nach reinen Moralbegriffen ausgenützte Tätigkeit die Disziplin und den Opferwillen der deutschen Bauarbeiter fast gelodert. Das höchstschmerzliche Ergebnis davon ist das ungeheure Anwachsen der Zahl der Inorganisierten. Als Bestreber der Bauarbeiterkampffront hat er die Macht des Unternehmertums gestärkt und damit zur Niederhaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen beigetragen. Seine Latenzen stehen im ungekehrten Verhältnis zu seinen großsprecherischen Worten. Wo der „Ausgeschlossenenverband“ auch einmal gegen die Unternehmern anging, da war doch der Hauptzweck seiner Fraktionen: Verdrängung unserer Mitglieder von den Baustellen und die Aufrechterhaltung seiner unumstößlichen Herrschaft. Dabei wurden wirtschaftliche Notwendigkeiten und gewerkschaftliche Kampfregeln von parteipolitischen Zweckmäßigkeiten über Bord geworfen; denn der „Ausgeschlossenenverband“ ist eben ein willenloses Anhängel der kommunistischen Parteiorganisation bei allen seinen Maßnahmen parteipolitischen Zwecken unterworfen. Aus den vorstehend angeführten Gründen ist es dem Deutschen Baugewerksbund unmöglich, mit dem Verband der Ausgeschlossenen irgendeine zusammenarbeiten oder seine auf die Lohn- und Arbeitskämpfe der Bauarbeiter

hinzielenden Maßnahmen anzuerkennen; auch kann es mit Kollegen, die gegen unsern Bund in sogenannter Opposition mit dem Ausgeschlossenenverband zusammenwirkten, keine organisatorische Gemeinschaft geben.

Der erste Bundestag des Deutschen Baugewerksbundes bekennt sich ausdrücklich zu den Beschlüssen der Verbandsstage des Deutschen Bauarbeiterverbandes von Karlsruhe und Leipzig über parteipolitische Neutralität. Sie sind auch fernerhin unsere beste Wehr.

Der Bundestag ruft alle Mitglieder und Verwaltungsstellen des Bundes zu energischer Wehr gegen den „Ausgeschlossenenverband“ und dessen gewerkschaftsschädigendes Treiben auf. Die parteipolitische Unabhängigkeit ist eine unbedingte Voraussetzung für den Erfolg der auf wirtschaftliche Notwendigkeiten eingestellten Gewerkschaftsarbeit.“

Hierauf wird die weiter vorn im Wortlaut veröffentlichte Entschließung, die sich gegen die Lebensmittelzölle wendet und eine gerechte Verteilung der aus dem Friedensvertrage und dem Londoner Abkommen entstehenden Lasten fordert, einstimmig angenommen. — Gegen 4 Stimmen gelangt Johann zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über die Arbeitszeit folgende Entschließung zur Annahme:

„Für den Fall, daß die Durchführung des Volksentscheides zur Sicherstellung des Achtstundentages notwendig wird, sind die Mitglieder des Deutschen Baugewerksbundes verpflichtet, einen Sonderverband von mindestens 50 % je Mitglied an, die Bundeshauptkassiere zu leisten.“

Sodann wird die von Göbe, Bremen, eingereichte Entschließung zum Wohnungsbau einstimmig angenommen. Sie lautet:

„Der erste Bundestag erklärt, daß der Wohnungsbau nur aus der bestehenden Wohnungswirtschaft gefördert werden kann. Von diesem Gesichtspunkt ausgehend, fordert der Bundestag vom Reichstag, daß die auf Grund der dritten Steuererhöhung erhobene Mietssteuer restlos dem Wohnungsbau zugeweiht wird.“

Einige Beschwerdefälle werden dem Bundesvorstand überwiesen. Die Anträge auf bessere Ausgestaltung des „Grundstein“ werden dem Bundesvorstand zur Berücksichtigung und Prüfung überwiesen. Das gleiche geschieht mit einer Anzahl anderer Anträge zum Vorstandsbericht.

Mit der Annahme der Entschließungen sind eine große Anzahl Anträge zum Vorstandsbericht erledigt. Zur Annahme oder Ablehnung des Antrages aus Eisenburg, Freiburg i. S. G. Schlessen usw., den Ausschluß des Altrassischen Bauarbeiterverbandes an den Bauarbeiter-Internationalen betreffend, erklärt sich der Bundestag für unzuständig. Der Beitritt zur Internationalen Arbeiterhilfe wird abgelehnt. Zu dem Antrag, der die Freilassung der gefangenen Revolutionäre verlangt, erklärt der Bundestag sich sachlich einverstanden, jedoch muß dieser Antrag der betreffenden Parteistelle zugewiesen werden. Der Beschluß des Leipziger Verbandsstages, die Wiederaufnahme von Mitgliedern des Ausgeschlossenenverbandes betreffend, wird mit einer reaktionellen Änderung gegen 2 Stimmen erneuert. Damit ist der Vorstandsbericht erledigt. Der Bundestag verlagert sich. Der Nachmittag ist frei für einen dampf-ausfüll der Abgeordneten nach der Ruhe. Am die dadurch verloren gehende Zeit einzunutzen, wird für den nächsten Verhandlungstag eine Abendkündigung in Aussicht genommen.

Dritter Verhandlungstag vom 5. September.

Vormittagsitzung.

Vorredner Raeplow schlägt vor: Die besonderen Aufgaben und das Zusammenwirken der Fachgruppen; Stand der Jugendbewegung und die Beratung der Bundesfassung.

anmacht zu behandeln. Raeplow wird zum ersten, Bernhard zum zweiten eine Einführung geben, dann folgen die Fachgruppenleiter ihre Ansätze zur Gestaltung der Fachgruppen Kundgebung, dann soll über jedes eine allgemeine Antragsfrage einfallen. Dies wird beschlossen.

Raeplow: Noch haben wir es nicht ganz zum Baugewerksbund gebracht. Widerstände dagegen sind nicht nur außen zu suchen, sondern auch im Bunde, sogar in der Bundesleitung zu finden. Deshalb muß klar und scharf zusammengefaßt werden, was mit uns gehen will, was ganz gleich, ob es kleine oder große Gruppen sind. Es darf in keiner Fachgruppe der Gedanke aufkommen, als nebenbei angesehen zu werden. Wenn solche Meinungen oder Widerstände auftauchen, sollen die Fachgruppenoberleute rechtzeitig eingreifen. Im eine allgemein gute Arbeit rechtzeitig eingreifen. Im eine allgemein gute Arbeit rechtzeitig eingreifen.

So sollen die kleinsten Gruppen entsprechend gestalten. So sollen die kleinsten Gruppen entsprechend gestalten. So sollen die kleinsten Gruppen entsprechend gestalten.

Der Bundestag hat die Beschlüsse der Verbandsstage des Deutschen Baugewerksbundes von Karlsruhe und Leipzig über parteipolitische Neutralität einstimmig angenommen.

Der Bundestag erklärt, daß der Wohnungsbau nur aus der bestehenden Wohnungswirtschaft gefördert werden kann. Von diesem Gesichtspunkt ausgehend, fordert der Bundestag vom Reichstag, daß die auf Grund der dritten Steuererhöhung erhobene Mietssteuer restlos dem Wohnungsbau zugeweiht wird.

Bundesvorstandes stellt fest, daß diese Maßnahme nur gegen solche Mitglieder angewendet werden soll, die sich nicht an die Satzung halten. — Der Antrag des Bundesvorstandes, für die Vermögensverwaltung eine G. m. b. H. zu gründen, ist nichts Neues. Was in diesem Antrage gefordert wird, bestand schon seit Jahren. Er ist nur darum offiziell gestellt, weil dem Bunde die volle Rechtsfähigkeit fehlt. Ob es für uns wertvoller ist, ein rechtsfähiges Verein zu werden oder so zu bleiben, wie wir sind, ist schwer zu sagen. Das bedarf noch der eingehenden Klärung. Zu dem gestellten Antrag haben die Kommunisten gesagt, daß der Bundesvorstand sich nur freie Hand für die Verwendung der Bundesgelder schaffen sollte. Das ist natürlich Unsinn. — Wie von Angehörigen der Volksgewerke gestellt, muß ein Antrag an, der will, daß alle Vermögen des Baugewerkschaften gehört, der Bundesvorstand aber keine Verfügung darüber habe. So können wir natürlich nicht arbeiten. Ein anderer Antrag will dem Beirat weitere Rechte in bezug auf Gestaltung der Löhne, Beiträge usw. geben. Das bedeutet nicht Ausschaltung der Mitarbeit der Mitglieder, sondern nur eine Erleichterung der Arbeiten des Bundesvorstandes in dringlichen Fällen. Die Urabstimmungen, die bisher meistens in den obengenannten Fällen angewandt wurden, sollen nach wie vor unbeschränkt dieser Bestimmungen gebraucht werden. Die Hauptfrage der Satzung ist zweifellos Gestaltung der Beiträge und Unterstützungen. Die Erhöhung der Beiträge von einem Dreiviertel-Stundenlohn für die Bundeshauptkasse auf einen vollen Stundenlohn war notwendig. Das ist oft anerkannt, häufiger aber dem Bundesvorstand zum Vorwurf gemacht worden. Es gibt Kollegen, die von uns verlangen, wir sollen uns auf den Kaufmannsstandpunkt stellen, um mittels niedriger Beiträge die Kollegen zu locken. Wollen wir solche locken? Wir können die Arbeit nicht leisten, die von uns verlangt wird; wir müssen uns darum auf den Standpunkt stellen, daß wir unsere Ausgaben und Ausgaben entsprechend unsere Einnahmen decken müssen. Ganz so hohe Beiträge wie gegenwärtig sind in den Vorkriegsjahren nicht gehabt worden, aber sind nicht unsere Aufgaben enorm gelitten? Wenn wir unsere Erwerbslosenunterstützung, unsere Krankenunterstützung, Invaliden- und besonders die Erwerbslosenunterstützung wieder in der alten Höhe und Form zahlen wollen, müssen wir unsere Beiträge entsprechend stellen und einsehen. Beiträge und Unterstützungen sind nun einmal nicht voneinander zu trennen. Ueber den Zeitpunkt der Wiedereinführung der Unterstützungen, auch über deren Höhe bei der Wiedereinführung, können wir hier nichts festes festlegen. Die Krankheits- und Erwerbslosenunterstützung kann auf absehbare Zeit nicht wieder eingeführt werden, dazu sind ihre Kosten viel zu hoch. Wiedereinführen wollen wir alsbald die Reiseunterstützung, damit unser Jungvolk auf seinen Reisen einige Hilfe hat. Die Invalidenunterstützung wie auch die Sterbunterstützung haben einige Verbesserungen erfahren. Verhältnismäßig besser als die alten Kollegen sehen sich in der Unterstützung die Jugendlichen, was aber auch sicherlich verantwortet werden kann. Bauen wir die Satzungen nun um, wie dargelegt, so werden wir viel zur Weiterentwicklung des Bundes beigetragen haben.

Es folgen die Berichte der Fachgruppenobleute.

Otto (Ziefbau): Die Ziefbauarbeiter haben nichts an der Satzung zu verbessern, sie wünschen nur, daß sie in allen Stücken gehalten werden. Von der Gruppe ist ein Antrag eingegangen auf Schaffung eines Beirates, er soll aber nicht als ein Teil der Satzung angesehen werden. Die Vertreterhaltung muß präziser gemacht werden. Wir sind in Ziefbau eine junge Gruppe, der soll man Hilfe angeheißeln lassen, nicht klammern wollen in bezug auf ihre Gestaltung. Wir haben viele gelehrte Arbeiter im Ziefbau, die mitunter als Lohnrüder auftreten. Sie sind ihnen feindselig gegenüberstellen, würde unsere Sache nicht fördern; denn ihr Anglied, den Beruf wechseln zu müssen, ist schon groß genug. Wir sollten diese junge Abteilung daher allereinst betreten und pflegen. (Beifall.)

Odenhal (Stukkateure usw.): Der Baugewerksbundesrat ist noch nicht ganz zur Tat gekommen. Ich kann aber allen, die noch außerhalb stehen, versichern, daß man auch mit kleinen Gruppen sich in einem großen Bunde sehr wohl fühlen kann. Wir haben jedenfalls immer noch viel Freiheit im Bunde gehabt, wie wir allein auch nicht hätten mehr haben können. Die Fachgruppenabteilung ist aber auch notwendig, um jeder Gruppe den gerechten Lohn zu sichern. Die Arbeitsverhältnisse sind in den verschiedenen Ländern recht unterschiedlich. Wo Maurer und Stukkateure gemeinsam an den gleichen Arbeiten beteiligt sind, sind oft Streitigkeiten darüber entstanden, welche Gruppe zu ihrer tariflichen Regelung zuständig ist. Puker und Stukkateure müssen daran gemeinsam arbeiten. Die Hilfsarbeiter sollten in die Fachgruppen mit einbezogen werden; denn sie sind noch eng mit dem Beruf verwachsen. In den Abrechnungen fehlen oft die Unterscheidungen nach Fachgruppen. So hatten wir in der Statistik 1922 rund 1500 zum Stukkateurerwerb zählende Mitglieder im Bunde, während in den diesjährigen Quartalsabrechnungen vom ersten Quartal nur 8200 Stukkateure und für das zweite Quartal gar nur 7784 Stukkateure usw. trotz zunehmender Bauaktivität gemeldet waren. Schlimmer noch nicht es im Beruf der Feuerungs- und Zornsteinmauer, auch in der Gruppe der Hölzerer und Steinholzfleger. Bei ihnen werden die Gruppen noch weniger berücksichtigt. Besonders die letzteren sind meist kaum bekannt, da ihre Meilen sich über ganz Europa erstrecken. In der Tarifbewegung ist der Standpunkt vertreten worden, daß der Stukkateurerwerb dem der Maurer gleich sein soll. Das kann nicht sein, der Beschäftigung entsprechend, soll der Lohn festgelegt werden. Nebenher besteht noch ein Antrag, der das in einzelnen Fällen und bestimmt, daß der Lohn nicht dem Arbeiter, sondern der geleisteten Arbeit entsprechend gezahlt werden soll. Halbwerts entgegenkommende Unternehmer haben wie im Feuerungsmauerergewerbe, wogegen die Hölzererunternehmer ungenügend in jeder Form sind. Besondere Aufmerksamkeit sollte der Montagearbeiten gewidmet werden,

damit sie uns nicht in der Frage der Arbeitszeit in den Rücken fallen. **Berzig (Töpfer):** Die älteren Berufe der gemeinsamen Organisation müssen eine geistige Umstellung vornehmen, wie dies auch bei den neu hinzugekommenen Berufen erforderlich ist. Der Fachgruppenrat der Töpfer hat von neuem bestätigt, daß unsere Kollegen davon überzeugt sind, daß die einzelnen Berufe usw. große Aufgaben nur in der gemeinsamen Organisation erfüllen können. Doch darf es bei allen Beteiligten nicht an der hierzu erforderlichen geistigen Einstellung fehlen. Wenn Mitglieder abgefragt werden, so ist das verursacht durch die Arbeitslosigkeit oder durch die Tätigkeit der Opposition. Ursache dazu war jedenfalls nicht vorhanden; denn auch unsere Gruppe konnte sich so frei betätigen, wie sie es außerhalb des Bundes hätte tun können. Mit den Satzungen waren wir einverstanden; es kommt ja auch weniger auf den Wortlaut, sondern auf den Geist in ihnen an. Und da ist die eine Frage vorzubringen, daß es an der Agitation unter den Mitgliedern der Fachgruppe von seiten der Baugewerkschaften gefehlt hat. Das muß besser werden! Zu bemerken ist besonders, daß für die Töpfer andere Lohnbesätze vorhanden sind als für die Maurer und Hilfsarbeiter. Wir können diese Besätze nicht so bald abbauen, werden es aber versuchen. (Beifall.)

Sichorn (Glaszer): Wir sind mit der gesamten Mitgliedschaft und großen Hoffnungen zum Baugewerksbunde übergetreten. Leider aber haben sich die Rahmenverträge in Chemnitz, Jwanau und Aue vom Baugewerksbunde abgetrennt, sie sind zum Glasarbeiterverband übergetreten. Es ist gelungen, den Glasarbeiterverband als Tarifkontraheenten für das Glasergewerbe in den meisten Städten zur Anerkennung zu bringen. Verschiedene Kollegen haben sich trotzdem vom Bunde abgetrennt und sind zu oppositionellen Verbänden übergegangen. Der Beirat der Bundesabteilungen mit den Vertretern der Gruppe sollte freundschaftlicher sein. (Beifall.)

Peters (Bau-Bermeister): Wir haben wohl unter allen Gruppen die meisten Schwierigkeiten gehabt. Hindernis war die noch häufig vorhandene Abneigung der Fach- und Hilfsarbeiter gegen den Beirat und Vorarbeiter auf der Baustelle. Das muß verschwinden. Der Bau-Bermeister gehört mit in den Verband der Arbeiter. Der Bund muß deshalb alles daransetzen, die Bau-Bermeister mit in den Tarifvertrag einzubeziehen. (Beifall.)

Linl (Apparateure): Der Wunsch der Apparateure ist vollzogen unter der Annahme, daß er für uns von Nutzen sein würde. Unsere Hoffnungen haben sich erfüllt, wir haben uns vollkommen frei betätigen können. Wenn wir aber schon Fachgruppen haben, müssen sie auch arbeitsrechtlich werden, damit der Bund seinen Zweck erfüllt. Dabei muß uns jeder unterstützen, der im Bunde Mitglied ist. (Beifall.)

Rendorn (Jugendabteilung): Die alten Kollegen haben sich bei der Erstellung der Jugendabteilung nicht so beteiligt, wie es ihre Pflicht gewesen wäre. Demzufolge ist die Arbeit innerhalb der Jugendabteilung nicht so nachhaltig gewesen, wie sie es hätte sein sollen. Wir haben nun einen Plan für die Arbeit in den nächsten 2 Jahren aufgestellt, der auch mit vorliegt, daß das „Jungvolk vom Bau“ vierzehntägig erscheinen soll, wenn die Jungen selber in genügender Weise mitarbeiten. Wir müssen über den engen gewerkschaftlichen Rahmen hinaus auch an der Gesehung teilnehmen, soweit sie die wirtschaftliche Lage der Jugendlichen betrifft. (Beifall.)

Hierauf wird die Statutenberatungskommission gewählt; sie setzt sich aus folgenden Kollegen zusammen: Horst-Markgrube, Rosenfeld-Zutlingen, Döbler-München, Wolfram-München, Gutjahr-Beipzig, Zimmermann-Dresden, Willroth-Schmerin, Brede-Samburg, Göbe-Bremen, Voigt-Hannover, Köthen-Damm, Rauch-Mölln, Ebert-Frankfurt, Voigt-Erfurt, Lange-Magdeburg, Wartenberg-Berlin, Hoffmann-Schneidemühl, Schlichte-Lydt und Kömmer vom Bundesvorstand. Hierauf wird in die Mittagspause eingetreten.

Nachmittagsführung.

Es wird beschlossen, in der Aussprache zunächst von jedem Bezirk nur einen Redner sprechen zu lassen.

Murzfür (Berlin): Es trifft mich so, daß die Arbeiter — wie Schöner sagte — achtzehnter seien als die Maurer. Nichtig ist, daß noch nicht alle Kollegen den Gedanken des Baugewerksbundes voll erfasst haben. Die Fachgruppenobleute sollten im erweiterten Vorstand der Baugewerkschaften Sitz und Stimme haben. Zur Mitgliederzahl der Glasfachgruppe ist zu sagen, daß die Hilfsarbeiter der Glaser nicht bei dieser Fachgruppe mitgezählt sind. Daraus ergibt sich scheinbar ein Mitgliederüberschuß, der in Wirklichkeit nicht vorhanden ist. Notwendig wird es sein, daß auf den Bauten wieder wie früher die Kartentkontrolle durchgeführt wird. Für die Wiedereinführung der Unterstützungen ist unsere Fachgruppe eingetreten. Ich selbst kann mich nicht dafür erwärmen. Die Erwerbslosenunterstützung kann für das Gesehen der Organisation nicht ausfallend sein. Auch das Argument, daß die Erwerbslosenunterstützung notwendig sei zur Abwehr der Pflichtarbeit, trifft nicht zu. In der Frage der Fachbeilagen zum „Grundstein“ können wir uns wohl mit der Erklärung des Kollegen Raselow zufriedengeben.

Söhn, Hamburg: Die Ziefbauarbeiter sehen sich aus allen Klassen der Bevölkerung zusammen. Diese Gruppe wird in der Zukunft eine große Rolle spielen. Heute aber ist sie das Schmarotzergewerbe der Bauarbeiterbewegung. Mit den Ziefbauarbeitern muß mehr in Verbindung getreten werden. Der Bund muß Kollegen bereitstellen, die in reger Propaganda von Mund zu Mund mit diesen Kollegen verkehren. Zur Lohnfrage ist zu sagen, daß es zum Beispiel in Hamburg tatsächlich 2 Sorten Ziefbauarbeiter gibt. In allgemeinen leidet der Ziefbauarbeiter die härteste Arbeit und bekommt dafür den niedrigsten Lohn. Zu den Ziefbauarbeitern vorgelegten Antrag bitte ich anzunehmen. Eine auch nur geringe Arbeitslosenunterstützung halte ich für wichtiger als die Krankenunterstützung.

Wieda, Cassel: Wenn auch aus dem Bezirk Weissen-Nassau kein Ziefbauarbeiter auf dem Bundesstag

anwesend ist, so leiden sie deshalb bei uns doch keine Not. Sie haben denselben Lohn wie die Hilfsarbeiter. Eine alle starke Fachgruppenbildung ist eigentlich mehr Dezentralisation als Zentralisation. Die Gruppen der Stukkateure und Puker arbeiten bei uns gut zusammen. Durch die Zusammenlegung haben am meisten die Puker gewonnen. Die Auffassung des Kollegen Odenhal, daß in den Spezialgruppen die Löhne nicht nach der Art der Arbeit, sondern nach der Art der Arbeit gezahlt werden sollen, steht im Widerspruch zu den Bestimmungen des Reichsarbeitsgesetzes. Die Unterstützungen müssen wir als Mittel zum Zweck betrachten. Eine Kampforganisation braucht in erster Linie Kämpfer. Da auch die Unterstützungen dazu beitragen, diese Kämpfer bei der Organisation zu halten, so müssen wir auch dieses Mittel benutzen. Wir sollten mindestens beschließen, die Unterstützungen zum 1. April wieder einzuführen.

Jäger, Köln: Wir wissen sehr wohl den Wert unserer Sozialunterstützungen zu schätzen. Mit der Wiedereinführung sollten wir aber mindestens so lange warten, bis die Streikunterstützungen in voller Höhe der satzungsmäßigen Bestimmungen wieder gezahlt werden können. Bei der Organisation der Ziefbauarbeiter wirkt es sehr erschwerend, daß die Stukkateure unterworfen sind den Tarifverträgen nach dem Betriebsratsgesetz unterworfen sind. Der von den Stukkateuren unterzeichnete Beschluß enthält meiner Ansicht nach nur etwas Selbstverständliches. Die in ihm liegende Forderung war feinerzeit ausfallend bei den Anschlägen des Stukkateurerbundes an den Bauarbeiterverband. Zu irgendwelchen Aufregungen über diesen Beschluß liegt keine Veranlassung vor.

Gangsthen, München: Verschiedene Bezirke und Vereinigungen haben nicht das getan, was sie zur Förderung der Fachgruppe der Bau-Bermeister hätten tun können. Es muß unbedingt mehr getan werden, um dem Beirat mehr abzugeben.

Prizill, Karlsruhe: Die Ziefbauarbeiter sind im Baugewerksbunde vernachlässigt worden. Entsprechend der Zahl der Ziefbauarbeiter mußte das Interesse des Bundes für sie viel größer sein. Ihre Organisation ist allerdings außerordentlich schwierig. In einzelnen Baugewerkschaften hat man sich aber deshalb nicht so um die Ziefbauarbeiter kümmern können, weil uns dort von den strengsten Organisationen von rechts und von links große Schwierigkeiten gemacht werden. Wir müssen uns aber auch um diese Arbeiter kümmern. Unsere Sozialen Baubetriebe müssen sich an den Subventionen für Ziefbauarbeiten beteiligen, dann werden wir auch mehr Einfluß auf diese Arbeiter bekommen. Heute sind im Ziefbau auch schon wieder Italiener beschäftigt.

Wetzel, Nürnberg: Die Forderungen zur Feststellung der Mitglieder der einzelnen Fachgruppen sind unangebracht. Bei manchen Gruppen, insbesondere bei den Hilfsarbeitern und den Erarbeitern, wird aber wohl eine genaue Feststellung gar nicht möglich sein, weil diese Gruppen sich immer wieder bewegen, besonders in Süddeutschland. In erster Linie muß deshalb dafür gesorgt werden, daß diese Gruppen auch im Lohn gleichgestellt werden. Der Grundgedanke der von den Stukkateuren vorgelegten Entscheidung ist mir außerordentlich sympathisch. Die Einwendungen der Maurer sind mir nicht verständlich. Es ist falsch, daß es ein Nachteil für eine Arbeitergruppe ist, wenn eine andere Gruppe einen höheren Lohn bekommt. Wir werden dieser Entscheidung zustimmen können, zumal dann nicht die Unternehmung bestimmen, was die Arbeit ausführt, sondern wir.

Biersdorfer, Essen: Mit den Anträgen des Bundesvorstandes sind wir in unserem Bezirk einverstanden. — Mit den Ausführungen des Kollegen Barisch sind wir zufrieden, ebenfalls einverstanden. Wir sind uns bewußt, daß unsere kleinere Gruppe sich der größeren Gruppe der Töpfer anpaßt. Zu beachten ist aber doch, daß diese beiden Gruppen, obwohl sie nahe verwandt sind, aus verschiedenen Mutterberufen hervorgegangen sind. Besondere Konferenzen für die Ziefbauarbeiter sind deshalb notwendig. Die staatliche Erwerbslosenunterstützung muß verbessert werden. Die Mittel des Verbandes sollten ausschließlich dem Kampf um bessere Löhne dienen. Ich bitte, den Ziefbauarbeitern das Recht auf Abhaltung eigener Berufs-Konferenzen wieder zuzugestehen.

Voigt, Erfurt: Die Vereinigung der Stukkateurerunternehmung sehe ich für eine vorübergehende Erscheinung an. Wir haben in Erfurt die Besuche der Stukkateurerunternehmer, sich der Zinnenpuckerei zu bemächtigen, immer zurückgewiesen.

Raue, Magdeburg: Der Aufbau der Fachgruppen hat an der Teilnahmslosigkeit der Kollegen gelitten. Sie verlassen sich in den großen Baugewerkschaften auf die Angehörigen und in den kleinen lassen sie die Sache laufen, wie sie will. Das würde sich ändern, wenn die Festsetzung ihrer Löhne von den Maurer-Löhnen getrennt würde.

Krause, Berlin: Begründet den Antrag der Berliner Stukkateure und Puker, Fachgruppen oder Baugewerkschaften mit einem Angehörigen der Besatzung zu erteilen, in Einzelverhandlungen ohne Genehmigung des Bundes- oder Bezirksvorstandes Sperren verhängen zu dürfen. Er befragt ferner die Bildung einer Reichsfachgruppe für den Holzbau und die beiden Gruppen des Maurer und Bauhilfsarbeiter zu einer Reichsfachgruppe zu vereinigen. Die Unternehmer haben die Gleichung nach Fachgruppen besser verstanden als die Arbeiterfach. Hoffentlich ziehen die uns noch fernstehenden Bauarbeiterorganisationen daraus die Lehre, sich möglichst bald mit uns zu verständigen.

Müller, Hamburg: Die Berichte der einzelnen Fachgruppenobleute haben gezeigt, daß sie mit uns leben können. Das tut hoffentlich auch auf die uns noch fernstehenden Bauarbeiter seine Wirkung. Wegen die theoretische Auffassung des Kollegen Odenhal zur Frage der Spezialisierung ist nichts einzuwenden. Man kann aber den Maurern nicht zumuten, diese Spezialisierungslehre benutzt zu fördern. Die Lohnbewegungen der Maurer werden dadurch gehemmt, daß soviel Spezialgruppen dazwischenhängen, die dann den Maurermeistern Widerstand bei der Bewilligung von Löhnen entgegensetzen.

Wüst, Rimburg: Wir können den Ausführungen des Kollegen Berngard zu den Grundzügen der Satzung zustimmen. Auch mit der Einführung neuer Strafbestimmungen bin ich einverstanden. Wir gehen damit dem Bundesvorstand die Möglichkeit, den Bund besser zu schützen. Für gefährlich halte ich die Schmälerung der Eigenschaften der Baugewerkschaften. Wenn die Baugewerkschaften nicht die Mittel haben, ihre Aufgaben zu erfüllen, sieht es auch um die Bundeskasse schlecht aus.

Zauner, Aibling, Speid: Ich bin einer Reihe Anträge. Er bezieht den Vorschlag des Bundesvorstandes über die Gestaltung der Beiträge als eine Verschlechterung und bittet um Annahme des Antrages, der den Beitrag auf einen Stundenlohn festgesetzt wissen will.

Wrinke, Leipzig: Bittet die Hamburger Kollegen, darauf zu achten, daß die Forderungen besonders in den Hamburger Werkstätten ungeheuer viel überhöht werden. Er wünscht ferner, daß der Bund sein Augenmerk auf die Organisierung der Arbeiter richtet, die in den Fabriken arbeiten, wo Forderungsmaterial hergestellt wird.

Steffen: Wenn die Arbeitsverhältnisse der Bau-Beschmeister noch nicht im Tarifvertrag geregelt sind, so kann man dem Reichsgruppenobmann der Bau-Beschmeister daraus keinen Vorwurf machen. — Mit Gehülde daran ist, daß bei der Bau-Beschmeister der gewerkschaftliche Gedanke noch nicht genügend Eingang gefunden hat. Die Baudelegierten müssen da mitwirken, indem sie auch die Forderung auf ihre Verbandzugehörigkeit prüfen. — Wir dürfen nicht zuviel Wert auf die verbundene Wirkung der Unterstützungen legen. Wir müssen vielmehr unsere Mitglieder immer wieder zeigen, daß diese Unterstützungen nicht der Zweck der Organisation sind.

Sungner, Wörm: Wenn es mit der Jugendbewegung nicht so steht, wie wir es wünschen, dann liegt das mehr an den Eltern, als an den Jungen. Die Eltern müssen dafür sorgen, daß in den Haushalten ausreichende Weisung im Sinne der Jugend geführt werden. Die Arbeitsdienstpflicht muß mit allen Mitteln bekämpft werden.

Benjosef, Wersburg: Die Regelung der Löhne der Spezialgruppen durch prozentuale Zuschläge bringt es mit sich, daß die Maurer die Lohnbewegungen durchkämpfen müssen, was durch die Streitkränze der Bau-Kollegen nur sehr unzulänglich ausgeglichen wird. Der Antrag auf Urabstimmung der Löhne wird den Durchführungen muß abgelehnt werden, weil die Zeit zur Durchführung gar nicht vorhanden ist. Den Anträgen des Bundesvorstandes, betreffend Festsetzung der gewählten Angeestellten, müssen wir zustimmen.

Wielitz, Leipzig: Bei der Beurteilung der Frage der Spezialisierung müssen wir uns fragen, ob sie im Interesse der Wirtschaft oder im Interesse der Unternehmer liegt. — Bei der von den Spezialisten eingebrachten Entscheidung müssen wir uns darüber klar werden, daß diese gewünschte Spezialisierung nur im Interesse der Unternehmer liegt. Für die Maurer bringt sie Nachteile mit sich, wie können diese Entlohnung nicht fördern.

W. Schmal, Hamburg: Die Beförderung war für die Vertretung der Miesener unglücklich. Die Verhältnisse zwischen den Löhnen und Gehältern sind in Hamburg wesentlich anders als in anderen Teilen des Reiches. Wir sind gute Freunde, aber miteinander zu tun haben wir nichts. Selbstverständlich müssen auch die kleineren Gruppen gewissenhaft betreut werden; in Hamburg ist das geschehen.

Kirchner, Berlin: Wir begrüßen uns in der Jugendabteilung nicht damit, nur Massenmäpfer und Gewerkschafter zu erzeugen; wir wollen die Jugendlichen zu tüchtigen Menschen in jeder Beziehung machen. Wenn das gelingt, dann wird später jeder wissen, wohin er geht. Wir müssen uns überall dafür einsetzen, daß die Bestimmungen des Jugendwohlfahrtsgesetzes bald durchgeführt werden.

Es wird zunächst abgestimmt über die grundsätzliche Wiedereröffnung der Erwerbslosenunterstützung. Dies wird mit allen gegen 10 Stimmen beschlossen.

Caello, macht einige Ausführungen zu den Anstellungsbedingungen. Die Gehälter unserer Angestellten sind hinter den auf dem Jenaer Verbandstag festgesetzten Sätzen weit zurückgeblieben. Vorstand und Beirat gehen in von dem Grundgedanke aus, daß sich unsere Angestellten in ihren Einkommensverhältnissen nicht allgemein von dem Beruf arbeitenden Kollegen entfernen sollen. Es wird deshalb empfohlen, die jetzige Regelung grundsätzlich beizubehalten. Für die Vertretung müssen unsere Angestellten jetzt 8 % ihres Gehalts zahlen. Es ist möglich, daß dieser Satz in der nächsten Zeit auf 4 % erhöht werden muß, weil wir jetzt der beim ADGB eingereichten gemeinsamen Versicherungsliste angeschlossen sind, die unsere Angestellten gegenüber der bisherigen Regelung manche Vorteile bietet. — Zur Vorbereitung der Anstellungsbedingungen wird ein Ausschuss von 9 Personen eingesetzt. Er besteht aus 8 Kollegen, die dem Berufsleben angehören; ihnen wird als neuer Kollege **Hüttmann** als Vertreter der Angestellten beigeordnet.

Darauf wird eine Pause gemacht, um dann in einer Abend Sitzung weiterzuberateten.

Zum Abend Sitzung.

Tarifvertragswesen und zum Abschluß eines neuen Tarifvertrages erhält Kollege **Löffler** (Bundesvorstand) das Wort:

Als wir den letzten Tarifvertrag unterzeichneten, hofften wir auf eine Besserung der wirtschaftlichen Lage. Diese Hoffnung hat schwer getrogen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse verschlechterten sich immer mehr, und bald nach Abschluß des Vertrages gab es schon Meinungsunterschiede über die einzelnen Bestimmungen. Die Geldentwertung zeigte auch die Forderung der Arbeiter nach wertbeständigen Löhnen. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit dieser Forderung arbeitete der ADGB. Grundzüge über die Zahlung wertbeständiger Löhne aus. Eine Verhandlung des ADGB mit dem Reichsarbeitsministerium zwecks Durchführung dieser Grundzüge verlief ergebnislos. Darauf suchten wir unser Heil auf eigene Faust, ähnlich so, wie es andere Verbände auch schon gemacht hätten. Eine erste

Verhandlung mit den Unternehmern im Juni 1923 in Leipzig verlief ergebnislos. In einer zweiten Verhandlung am 9. August besetzten Jähres wurde dann aber doch ein Zusatzkommen zum Reichsarbeitsvertrag abgeschlossen, das die Einführung wertbeständiger Löhne vorsah und bis zum 31. Oktober 1923 galt. Mittlerweile war der Lohn weit unter 50 % der Vorkriegslöhne gesunken. So betrug er in Berlin im zweiten Halbjahr 1923 teilweise nicht mehr als 23 % die Stunden! Trotz dieser Lage war es angesehtes des anrückenden Winters, der Krise und der damit verbundenen großen Arbeitslosigkeit unmöglich, Lohnforderungen durchzusetzen. Zwar konnten wir im Frühjahr dieses Jahres durch Kämpfe unsere Lage verbessern, jedoch der Stand der Lebenshaltung der Vorkriegszeit ist noch lange nicht erreicht. Kaum zu irgendeiner Zeit hat unser Bund so ernsthaft kämpfen müssen, wie im ersten Halbjahr 1924. An der Hand von Zahlen bezüglich der an den Arbeitskämpfen beteiligten Arbeiter stellt der Redner fest, daß die weitestgehende Zahl der an den Kämpfen beteiligten Arbeiter Mitglieder unseres Bundes waren. — Zur Lohnentwicklung kann man sagen, daß die ungelerten Arbeiter mit ihren Löhnen verhältnismäßig am besten abkamen. Die Behauptung der Kollegen der Kleinstädte, daß sie mit ihren Löhnen gegenüber den Löhnen der Großstädte zurückblieben, ist vielfach unzutreffend. Wir erschaffen vom Spätkommer mehr Frieden im Handwerk, aber wenn an einem Orte ein Brand gelöscht war, wurde der andere sofort wieder aufgeblüht, und wenn wir im kommenden Winter günstiges Wetter haben, werden wir wahrscheinlich während des ganzen Winters Kämpfe haben. — Wir hatten uns auch zu wehren gegen die Verdummungen, die Pflichtarbeit und Postdienstleistungen betrafen. Neben der Abwehr dieser Dinge hatten wir den Abwehrkampf gegen die Verlängerung der Arbeitszeit zu führen. Schon im Dezember 1922 hatte der Reichsarbeitsrat einen Beschluß gefaßt, daß im Baugewerbe während 8 Monaten im Sommer 9 Stunden gearbeitet werden sollte. Es kostete viel Mühe, den Kampf gegen diesen Vorschlag des Reichsarbeitsrates zu führen. Im Sinne der Arbeitszeitverlängerer lag auch die Arbeitszeitverlängerung. Es beweist am ehesten, daß an der Festsetzung des Stundentages seit langem planmäßig gearbeitet worden ist. Mit dem Vorhandensein des Arbeitsgesetzes wurde auch die Kündigung der §§ 3 und 5 des Reichsarbeitsgesetzes begründet. Alle unsere Einwendungen dagegen wurden entweder abgelehnt oder nicht beachtet. Wir erklärten uns bereit, im Falle wirtschaftlicher Not auch einmal Überstunden zu leisten, und forderten aus diesem Grunde die Kündigung der §§ 3 und 5 des Tarifvertrages. Die Unternehmer weigerten sich entschieden, das zu tun; unser Bund trat daraufhin seine Maßnahmen. Welche Stellung er nahm, kommt in der Entscheidung des Bundes und des Beirates vom Februar dieses Jahres zum Ausdruck. Am 22. Februar kamen wir dann mit den Unternehmern zweifache Verhandlungen über einen neuen Reichsarbeitsvertrag zusammen. Bei dieser Zusammenkunft bestanden die Unternehmer ihre Forderungen auf, die weit über 150 verschiedene Punkte umfaßten und die bisherige Form des Reichsarbeitsgesetzes gänzlich veränderten, so daß im Sommer mindestens die zwölfstündige Arbeitszeit im Arbeit worden wäre. Unsere Forderungen waren im wesentlichen: Festhaltung am Achtstundentag, Annahme der Achtstundentage im Tarifvertrag, Ausgestaltung der Ferien, keine Erweiterung der Lohnspanne und anderes. Die Unternehmer begründeten ihre Forderung mit „Druck von Seiten der Industrie“. Der Druck ist allerdings vorhanden, aber darunter dürfen unsere Kollegen nicht leiden. Es ist nicht unsere Schuld, daß das so ist. Die Löhne nie, daß sie billig denen wollen, weshalb die Löhne niedrig sein müßten. Wir möchten ihnen Vorschläge machen, die wir für die Organisation der Betriebe, um zu zeigen, wie billig zu bauen sei. Davon aber wollten die Unternehmer nichts wissen. Sing und geht es bei ihnen doch nicht um Wiederherstellung der deutschen Reichslandwirtschaft. Zu März haben wir dann wieder verhandelt. Wieder war das ergebnislos. Wir erleben dann trotz heftiger Gegenwehr, daß die achtstündige Arbeitszeit sich nicht auf der ganzen Linie halten ließ. Es waren teilweise industrielle Werte, die von Achtstundentag abbaute, teilweise auch Betriebe, die ihn durch Bestimmungen im Tarifvertrag unanwiesen. Der Widerstand gegen die Arbeitszeitverlängerung war nicht so streng und ernst, wie wir erwartet hatten. So ergab sich im Laufe der Zeit eine große Varietät in den Arbeitszeitbestimmungen. Am 15. Juli dieses Jahres wurde dann ein Schiedspruch gefällt, der von den Unternehmern und auch von uns abgelehnt wurde. Er sah neben anderen Verschlechterungen für 6 Monate eine zweiundfünfzigstündige Arbeitswoche vor und besonders aus diesem Grunde unannehmbar. — Wie wird sich nun die Zukunft gestalten? Gerecht ist zu unserer Zufriedenheit in dem Schiedspruch nichts, auch nicht die Ferien. Im diese sind wir in diesem Jahre betrogen worden. Wir hatten während der letzten 15 Jahre Tarifverträge, die von Abschluß zu Abschluß Verbesserungen erbrachten. So sollte auch dieser Vertrag besser sein als seine Vorgänger. Schließen wir ihn in diesem Jahre nicht mehr ab, so wird der Kampf um den Achtstundentag im nächsten Frühjahr von neuem entbrennen. Ich hoffe, daß wir den Achtstundentag halten werden und die Positionen wieder erobern, die wir bereits verloren haben. Ich zweifle nicht, daß wir die Regierung überzeugen werden, daß sich nicht jeder Beruf ohne weiteres eine Arbeitszeitverlängerung gefallen läßt und daß wir uns den Achtstundentag auch den Unternehmern gegenüber verteidigen werden, vielleich ist die einzige, die ihn von allen Berufen halten. — Zu den vorliegenden Anträgen sei gesagt, daß darunter viele sind, die man gar nicht erst diskutieren kann. Ich ersuche alle Delegierten, der Entscheidung des Bundesvorstandes zum Tarifvertrage zuzustimmen, es enthält alles, was zu diesem Punkte zu sagen ist. (Schluß.)

Darauf erhält Kollege **Otto** (Bundesvorstand) das Wort zu seinem Vortrage über

Arbeitsdienstpflicht, Pflichtarbeit und Postdienstleistungen:

Die Arbeitsdienstpflicht ist, es ist mit einem Worte zu sagen, das, was an Stelle des verschwundenen Heeres treten soll. Der ganze Aufbau und alles Drum und Dran ist daselbe, wenn auch das Gesicht anders sein mag. Auch das Wesen ist daselbe! Im Staat vor dem Kriege hatte jeder Staatsbürger die Pflicht, ihm als Krieger zu dienen. Jeder Staatsangehörige mußte in seiner Jugend 2 bis 3 Jahre diesem Zwecke opfern. So liegt es auch mit der Arbeitsdienstpflicht. Sie verlangt, daß der junge Staatsbürger für eine gewisse Zeit seinen eigentlichen Beruf verläßt, um dem Vaterlande zu dienen. Dabei ist Rang- und Standordnung wie auch die sonstige Organisation völlig gleichartig der ehemaligen Heeresform. Das ist kein Wunder; denn die Vertreter der Einführung der Arbeitsdienstpflicht waren auch ehemalige Vertreter des Heeres, die es notwendig sei, die geistliche Moral der Jugend wieder zu beleben, begriffen aber dabei ihre eigenen Mängel in moralischer Beziehung. Da wir es nun in der Arbeitsdienstpflicht ganz offensichtlich mit einem Nachwuchs der Gegner der Arbeiterklasse zu tun haben, so müssen wir unsere Stellung zu ihr festlegen. Dabei ist zunächst zu sagen, daß wir ihre Einführung nicht fördern dürfen, indem wir ruhig zusehen, wie für sie Untergrößen gesammelt werden. Solcher Sammlung müssen wir überall entgegenzutreten. Ferner müssen wir die Leute belehren, daß sie sich durch Verschreibungen der Gleichheit aller Dienstpflichtigen nicht kaufen lassen sollen. Die Jugendlichen der oberen Stände, die sich oft nicht einzeln für schwere körperliche Arbeit eignen, werden sich bald drücken und in die leichtere Arbeit einmischen lassen, das heißt die Berrichter der schweren Arbeit sein werden. Des weiteren muß darauf hingewiesen werden, daß unsere Jungkollegen die gar nicht brauchen; denn sie sind bereits zur Arbeit erzogen, wenn sie zur Ableistung ihres Dienstpflichtjahres eingezogen werden würden. Und der von der Arbeit allein befreiten wird, ist Leistung. Man kann eben nicht den ersten besten Menschen mit Tiefbauarbeiten beschäftigen. Dazu kosten Einweihungs- und Konfessionarbeiten dem doch viel zu viel Mühe und Kenntnisse. Wenn man aber andererseits bei den von den Dienstpflichtigen in Angriff zu nehmenden Tiefbauarbeiten keine Großschleppmaschinen verwenden will, dann bedeutet das Arbeiten der Dienstpflichtigen eine so wahnsinnige Verschwendung von Geldern und sonstigen Werten, daß kein Arbeiter den seine Zustimmung geben kann. Redner man zudem noch die borgelegene ungeheure Zahl der Erzieher und Lehrer für die Dienstpflichtigen und stellt sich vor, was Geistes für sie werden, so ist es ein Grund mehr, die Arbeitsdienstpflicht entschieden abzulehnen. Wenn die Arbeitsdienstpflicht die Abschließung des Bundesvorstandes angenommen wird, so haben wir dieser Ansicht den besten Ausdruck gegeben. — Zur Postdienstleistungen ist zunächst zu sagen, daß sie nicht etwa ganz neu haben, ich erinnere mich, daß in meiner Jugendzeit in meiner Heimat Postdienstleistungen geübt und dafür die Arbeit im Postamt geleistet wurde. Diese Postdienstleistungen waren, was der Name sagt: Arbeiten, die einem Postamt entzogen waren. Sie erledigten sich dadurch auch immer auf Abseits, die nicht unbedingt bearbeitet werden mußten, sondern die bearbeitet wurden nur um überhaupt eine Arbeitsleistung zu schaffen. Mit Einführung der Erwerbslosenunterstützung wurde das anders. Es mußte nun nach und nach etwas für die Unterhaltung geleistet werden. Dies Betreiben wird ausgeübt durch das Wort: **Produktive Erwerbslosenfürsorge**. Was so für die Postarbeiter die Gelegenheit geschaffen, für die Unterhaltung zu arbeiten, wurde für die ungelerten Arbeiter die Pflichtarbeit auch auf die gestiftet. Dann dachte man die Pflichtarbeit auch auf die Postarbeiter aus, und zwar mußten sie 24 Stunden die Postarbeiten. In der Unterhaltung wurde dann nicht bloße Arbeit, sondern eine Kränze gestellt, so daß die Unterhaltung selbst noch eine Kränze gestellt, so daß die Unterhaltung für die Postarbeiter gleich. Das drückte sich auch bei der Besprechung der Postdienstleistungen aus. So unterschiedlich die Postarbeiten „großen“ und „kleinen“, „einsten“ und „un-einsten“ Postarbeiten. Das alles ging in unsere Gewerbe dann so weit, daß allgemeine Postarbeiten als Postdienstleistungen bezeichnet wurden, gegenüber den Regierung und Kaufmännern von Postdienstleistungen möglichst geringfügigen zu erreichen. Der Redner bezieht dies auf die Postarbeiten, worauf er fortfährt: Bei alledem ist aber die Postdienstleistung nicht zu vertreten. Sie bringt nichts ein, sondern kostet nur Geld. Dafür ein Beispiel: In einem Reichstag in Posten arbeiten die Postarbeiter im Tariflohn. Dort kostet 1 ehm Erde zu transportieren etwa 30 s. Wenn das Kubikmeter, an den Unternehmern im Markt betragen, nun auch 45 bis 62 s kostet, so erreicht dies doch lange nicht die Kosten von 1,15 s pro Kubikmeter, die in Hamburg für den Transport von einem Kubikmeter Erde bezahlt werden mußten bei einer Arbeit, die als Postdienstleistung ausgeführt wurde. Man kann ja auch nicht wollen, daß der Arbeiter, der die Postdienstleistungen leistet, mit seinen wenigen Vermögen dasselbe leisten soll, was ein Arbeiter leistet, der nach dem Tariflohn bezahlt wird. Als schweres kann man der Postdienstleistungen nachgehen, daß sie unsere Tarifverträge zerstört hat. Sie ist aber auch unmoralisch. Sie bringt den Arbeiter dazu, seine wahren Fähigkeiten nicht zu entwickeln, weil er sie doch nicht vergütet bekommt; sie verleitet die Gemeinden dazu, zu schwandeln, weil sie sonst leicht das Geld für notwendige Arbeiten bekommen würden. Denn fort mit einer Arbeitsform, die die Menschen moralisch minderwertig macht. Je eher wir das erreichen, um so besser für uns! (Weiß.)

Darauf wird die Sitzung auf Sonnabend vertagt. (Schluß folgt.)

Arbeitsdienstpflicht, Pflichtarbeit und Postdienstleistungen:

Die Arbeitsdienstpflicht ist, es ist mit einem Worte zu sagen, das, was an Stelle des verschwundenen Heeres treten soll. Der ganze Aufbau und alles Drum und Dran ist daselbe, wenn auch das Gesicht anders sein mag. Auch das Wesen ist daselbe! Im Staat vor dem Kriege hatte jeder Staatsbürger die Pflicht, ihm als Krieger zu dienen. Jeder Staatsangehörige mußte in seiner Jugend 2 bis 3 Jahre diesem Zwecke opfern. So liegt es auch mit der Arbeitsdienstpflicht. Sie verlangt, daß der junge Staatsbürger für eine gewisse Zeit seinen eigentlichen Beruf verläßt, um dem Vaterlande zu dienen. Dabei ist Rang- und Standordnung wie auch die sonstige Organisation völlig gleichartig der ehemaligen Heeresform. Das ist kein Wunder; denn die Vertreter der Einführung der Arbeitsdienstpflicht waren auch ehemalige Vertreter des Heeres, die es notwendig sei, die geistliche Moral der Jugend wieder zu beleben, begriffen aber dabei ihre eigenen Mängel in moralischer Beziehung. Da wir es nun in der Arbeitsdienstpflicht ganz offensichtlich mit einem Nachwuchs der Gegner der Arbeiterklasse zu tun haben, so müssen wir unsere Stellung zu ihr festlegen. Dabei ist zunächst zu sagen, daß wir ihre Einführung nicht fördern dürfen, indem wir ruhig zusehen, wie für sie Untergrößen gesammelt werden. Solcher Sammlung müssen wir überall entgegenzutreten. Ferner müssen wir die Leute belehren, daß sie sich durch Verschreibungen der Gleichheit aller Dienstpflichtigen nicht kaufen lassen sollen. Die Jugendlichen der oberen Stände, die sich oft nicht einzeln für schwere körperliche Arbeit eignen, werden sich bald drücken und in die leichtere Arbeit einmischen lassen, das heißt die Berrichter der schweren Arbeit sein werden. Des weiteren muß darauf hingewiesen werden, daß unsere Jungkollegen die gar nicht brauchen; denn sie sind bereits zur Arbeit erzogen, wenn sie zur Ableistung ihres Dienstpflichtjahres eingezogen werden würden. Und der von der Arbeit allein befreiten wird, ist Leistung. Man kann eben nicht den ersten besten Menschen mit Tiefbauarbeiten beschäftigen. Dazu kosten Einweihungs- und Konfessionarbeiten dem doch viel zu viel Mühe und Kenntnisse. Wenn man aber andererseits bei den von den Dienstpflichtigen in Angriff zu nehmenden Tiefbauarbeiten keine Großschleppmaschinen verwenden will, dann bedeutet das Arbeiten der Dienstpflichtigen eine so wahnsinnige Verschwendung von Geldern und sonstigen Werten, daß kein Arbeiter den seine Zustimmung geben kann. Redner man zudem noch die borgelegene ungeheure Zahl der Erzieher und Lehrer für die Dienstpflichtigen und stellt sich vor, was Geistes für sie werden, so ist es ein Grund mehr, die Arbeitsdienstpflicht entschieden abzulehnen. Wenn die Arbeitsdienstpflicht die Abschließung des Bundesvorstandes angenommen wird, so haben wir dieser Ansicht den besten Ausdruck gegeben. — Zur Postdienstleistungen ist zunächst zu sagen, daß sie nicht etwa ganz neu haben, ich erinnere mich, daß in meiner Jugendzeit in meiner Heimat Postdienstleistungen geübt und dafür die Arbeit im Postamt geleistet wurde. Diese Postdienstleistungen waren, was der Name sagt: Arbeiten, die einem Postamt entzogen waren. Sie erledigten sich dadurch auch immer auf Abseits, die nicht unbedingt bearbeitet werden mußten, sondern die bearbeitet wurden nur um überhaupt eine Arbeitsleistung zu schaffen. Mit Einführung der Erwerbslosenunterstützung wurde das anders. Es mußte nun nach und nach etwas für die Unterhaltung geleistet werden. Dies Betreiben wird ausgeübt durch das Wort: **Produktive Erwerbslosenfürsorge**. Was so für die Postarbeiter die Gelegenheit geschaffen, für die Unterhaltung zu arbeiten, wurde für die ungelerten Arbeiter die Pflichtarbeit auch auf die gestiftet. Dann dachte man die Pflichtarbeit auch auf die Postarbeiter aus, und zwar mußten sie 24 Stunden die Postarbeiten. In der Unterhaltung wurde dann nicht bloße Arbeit, sondern eine Kränze gestellt, so daß die Unterhaltung selbst noch eine Kränze gestellt, so daß die Unterhaltung für die Postarbeiter gleich. Das drückte sich auch bei der Besprechung der Postdienstleistungen aus. So unterschiedlich die Postarbeiten „großen“ und „kleinen“, „einsten“ und „un-einsten“ Postarbeiten. Das alles ging in unsere Gewerbe dann so weit, daß allgemeine Postarbeiten als Postdienstleistungen bezeichnet wurden, gegenüber den Regierung und Kaufmännern von Postdienstleistungen möglichst geringfügigen zu erreichen. Der Redner bezieht dies auf die Postarbeiten, worauf er fortfährt: Bei alledem ist aber die Postdienstleistung nicht zu vertreten. Sie bringt nichts ein, sondern kostet nur Geld. Dafür ein Beispiel: In einem Reichstag in Posten arbeiten die Postarbeiter im Tariflohn. Dort kostet 1 ehm Erde zu transportieren etwa 30 s. Wenn das Kubikmeter, an den Unternehmern im Markt betragen, nun auch 45 bis 62 s kostet, so erreicht dies doch lange nicht die Kosten von 1,15 s pro Kubikmeter, die in Hamburg für den Transport von einem Kubikmeter Erde bezahlt werden mußten bei einer Arbeit, die als Postdienstleistung ausgeführt wurde. Man kann ja auch nicht wollen, daß der Arbeiter, der die Postdienstleistungen leistet, mit seinen wenigen Vermögen dasselbe leisten soll, was ein Arbeiter leistet, der nach dem Tariflohn bezahlt wird. Als schweres kann man der Postdienstleistungen nachgehen, daß sie unsere Tarifverträge zerstört hat. Sie ist aber auch unmoralisch. Sie bringt den Arbeiter dazu, seine wahren Fähigkeiten nicht zu entwickeln, weil er sie doch nicht vergütet bekommt; sie verleitet die Gemeinden dazu, zu schwandeln, weil sie sonst leicht das Geld für notwendige Arbeiten bekommen würden. Denn fort mit einer Arbeitsform, die die Menschen moralisch minderwertig macht. Je eher wir das erreichen, um so besser für uns! (Weiß.)

Darauf wird die Sitzung auf Sonnabend vertagt. (Schluß folgt.)

Arbeitsdienstpflicht, Pflichtarbeit und Postdienstleistungen:

Die Arbeitsdienstpflicht ist, es ist mit einem Worte zu sagen, das, was an Stelle des verschwundenen Heeres treten soll. Der ganze Aufbau und alles Drum und Dran ist daselbe, wenn auch das Gesicht anders sein mag. Auch das Wesen ist daselbe! Im Staat vor dem Kriege hatte jeder Staatsbürger die Pflicht, ihm als Krieger zu dienen. Jeder Staatsangehörige mußte in seiner Jugend 2 bis 3 Jahre diesem Zwecke opfern. So liegt es auch mit der Arbeitsdienstpflicht. Sie verlangt, daß der junge Staatsbürger für eine gewisse Zeit seinen eigentlichen Beruf verläßt, um dem Vaterlande zu dienen. Dabei ist Rang- und Standordnung wie auch die sonstige Organisation völlig gleichartig der ehemaligen Heeresform. Das ist kein Wunder; denn die Vertreter der Einführung der Arbeitsdienstpflicht waren auch ehemalige Vertreter des Heeres, die es notwendig sei, die geistliche Moral der Jugend wieder zu beleben, begriffen aber dabei ihre eigenen Mängel in moralischer Beziehung. Da wir es nun in der Arbeitsdienstpflicht ganz offensichtlich mit einem Nachwuchs der Gegner der Arbeiterklasse zu tun haben, so müssen wir unsere Stellung zu ihr festlegen. Dabei ist zunächst zu sagen, daß wir ihre Einführung nicht fördern dürfen, indem wir ruhig zusehen, wie für sie Untergrößen gesammelt werden. Solcher Sammlung müssen wir überall entgegenzutreten. Ferner müssen wir die Leute belehren, daß sie sich durch Verschreibungen der Gleichheit aller Dienstpflichtigen nicht kaufen lassen sollen. Die Jugendlichen der oberen Stände, die sich oft nicht einzeln für schwere körperliche Arbeit eignen, werden sich bald drücken und in die leichtere Arbeit einmischen lassen, das heißt die Berrichter der schweren Arbeit sein werden. Des weiteren muß darauf hingewiesen werden, daß unsere Jungkollegen die gar nicht brauchen; denn sie sind bereits zur Arbeit erzogen, wenn sie zur Ableistung ihres Dienstpflichtjahres eingezogen werden würden. Und der von der Arbeit allein befreiten wird, ist Leistung. Man kann eben nicht den ersten besten Menschen mit Tiefbauarbeiten beschäftigen. Dazu kosten Einweihungs- und Konfessionarbeiten dem doch viel zu viel Mühe und Kenntnisse. Wenn man aber andererseits bei den von den Dienstpflichtigen in Angriff zu nehmenden Tiefbauarbeiten keine Großschleppmaschinen verwenden will, dann bedeutet das Arbeiten der Dienstpflichtigen eine so wahnsinnige Verschwendung von Geldern und sonstigen Werten, daß kein Arbeiter den seine Zustimmung geben kann. Redner man zudem noch die borgelegene ungeheure Zahl der Erzieher und Lehrer für die Dienstpflichtigen und stellt sich vor, was Geistes für sie werden, so ist es ein Grund mehr, die Arbeitsdienstpflicht entschieden abzulehnen. Wenn die Arbeitsdienstpflicht die Abschließung des Bundesvorstandes angenommen wird, so haben wir dieser Ansicht den besten Ausdruck gegeben. — Zur Postdienstleistungen ist zunächst zu sagen, daß sie nicht etwa ganz neu haben, ich erinnere mich, daß in meiner Jugendzeit in meiner Heimat Postdienstleistungen geübt und dafür die Arbeit im Postamt geleistet wurde. Diese Postdienstleistungen waren, was der Name sagt: Arbeiten, die einem Postamt entzogen waren. Sie erledigten sich dadurch auch immer auf Abseits, die nicht unbedingt bearbeitet werden mußten, sondern die bearbeitet wurden nur um überhaupt eine Arbeitsleistung zu schaffen. Mit Einführung der Erwerbslosenunterstützung wurde das anders. Es mußte nun nach und nach etwas für die Unterhaltung geleistet werden. Dies Betreiben wird ausgeübt durch das Wort: **Produktive Erwerbslosenfürsorge**. Was so für die Postarbeiter die Gelegenheit geschaffen, für die Unterhaltung zu arbeiten, wurde für die ungelerten Arbeiter die Pflichtarbeit auch auf die gestiftet. Dann dachte man die Pflichtarbeit auch auf die Postarbeiter aus, und zwar mußten sie 24 Stunden die Postarbeiten. In der Unterhaltung wurde dann nicht bloße Arbeit, sondern eine Kränze gestellt, so daß die Unterhaltung selbst noch eine Kränze gestellt, so daß die Unterhaltung für die Postarbeiter gleich. Das drückte sich auch bei der Besprechung der Postdienstleistungen aus. So unterschiedlich die Postarbeiten „großen“ und „kleinen“, „einsten“ und „un-einsten“ Postarbeiten. Das alles ging in unsere Gewerbe dann so weit, daß allgemeine Postarbeiten als Postdienstleistungen bezeichnet wurden, gegenüber den Regierung und Kaufmännern von Postdienstleistungen möglichst geringfügigen zu erreichen. Der Redner bezieht dies auf die Postarbeiten, worauf er fortfährt: Bei alledem ist aber die Postdienstleistung nicht zu vertreten. Sie bringt nichts ein, sondern kostet nur Geld. Dafür ein Beispiel: In einem Reichstag in Posten arbeiten die Postarbeiter im Tariflohn. Dort kostet 1 ehm Erde zu transportieren etwa 30 s. Wenn das Kubikmeter, an den Unternehmern im Markt betragen, nun auch 45 bis 62 s kostet, so erreicht dies doch lange nicht die Kosten von 1,15 s pro Kubikmeter, die in Hamburg für den Transport von einem Kubikmeter Erde bezahlt werden mußten bei einer Arbeit, die als Postdienstleistung ausgeführt wurde. Man kann ja auch nicht wollen, daß der Arbeiter, der die Postdienstleistungen leistet, mit seinen wenigen Vermögen dasselbe leisten soll, was ein Arbeiter leistet, der nach dem Tariflohn bezahlt wird. Als schweres kann man der Postdienstleistungen nachgehen, daß sie unsere Tarifverträge zerstört hat. Sie ist aber auch unmoralisch. Sie bringt den Arbeiter dazu, seine wahren Fähigkeiten nicht zu entwickeln, weil er sie doch nicht vergütet bekommt; sie verleitet die Gemeinden dazu, zu schwandeln, weil sie sonst leicht das Geld für notwendige Arbeiten bekommen würden. Denn fort mit einer Arbeitsform, die die Menschen moralisch minderwertig macht. Je eher wir das erreichen, um so besser für uns! (Weiß.)

Darauf wird die Sitzung auf Sonnabend vertagt. (Schluß folgt.)

Verbandsrat der Töpfer und Fliesenleger.

Auch unsere Reichsfachgruppe hat am 1. und 2. September ihren Verbandstag abgehalten. Der Obmann, Kollege Wartzsch, eröffnete die Tagung mit einem Rückblick auf die Hamburger Töpferbewegung. Von hier aus wurde 1872 die erste Gründung einer Zentralorganisation ins Werk gesetzt. Er gedachte besonders des uns im Jahre 1922 durch den Tod entzogenen Kollegen Adam Dunsel, des unermüdeten Vorstehers des ehemaligen Töpferverbandes, ferner des verstorbenen Kollegen Kaber Mäcker in München, der sich um die Förderung der Heiztechnik große Verdienste erworben hat. Die Leitung des Verbandstages wurde den Kollegen Wartzsch und Johannes Meißner übertragen. Als Schriftführer wurden die Kollegen Kötter, Hamburg, und Kemnitz, Berlin, bestimmt. Dem Verbandstage wohnten auch die Kollegen Grünzel und Müller als Vertreter des Glasarbeiterverbandes bei, um sich über die Möglichkeit einer Vereinigung ihrer Organisation mit dem Baugewerksbund zu unterrichten. Wären diese einleitenden Schritte dem Baugewerksbund weitere Vorstöße zuführen oder nicht; auf jeden Fall sind sie ein erfreuliches Zeichen dafür, daß sich der Gedanke des Zusammenwirkens der Berufsorganisationen immer weiter ausbreitet.

Die Beratungen einleitend, verweist Wartzsch auf seinen schriftlich vorgelegten Bericht. Verbandsrat, Beirat und Gewerksrat des am 1. Januar 1923 in den Deutschen Baugewerksbund aufgegangenen Töpferverbandes haben es für unmissig gehalten, über die Vereinigung mit dem Baugewerksbund in einer Urabstimmung entscheiden zu lassen. Da die letzte, 1923 in Meissen abgehaltene Generalversammlung des Töpferverbandes sich für die Vereinigung entschieden hatte. Beim Übertritt zum Baugewerksbund hat nicht eine Fiktion unseres ehemaligen Verbandes Mithelp gesucht. Um so ersichtlicher ist die hier und da wegen des vollen Anstufes hervorgetretene Unzufriedenheit. Gemäß konnte sich der Töpferverband in seiner Leistungsfähigkeit und in seinen Erfolgen neben den übrigen Gewerkschaften jederzeit zeigen lassen. Er hatte opferwillige Mitglieder. Jedoch allein, ohne die Vereinigung mit dem Baugewerksbund wäre die Töpferorganisation wahrscheinlich in eine sehr schlimme Lage gekommen. Man denke nur an die Inflationsszeit. Bis zu 80 % lagen unsere Kollegen arbeitslos auf der Straße. Ob wir unsern Verband unter diesen Umständen hätten halten können, das darf stark bezweifelt werden. In der neuen Organisation ist noch nicht alles so, wie es sein müßte. Dabei spielen die verschiedensten Ursachen mit. Bei der Versammlung haben wir die Zustimmung erhalten, alle Angelegenheiten unseres Berufes selbstständig regeln zu können, vor allem die Lohn- und Sachfragen. Besondere Beratungen, in engerer Fühlung mit den Vereinen oder Bezirksvorständen, oder mit dem Bundesvorstand veranstaltet, sollten nicht behindert werden. In ein gutes Zusammenarbeiten müssen sich alle Beteiligten noch gewöhnen. 30 Jahre Töpferorganisation hat manche Besonderheiten geschaffen, die berücksichtigt werden müssen. Einige Funktionen haben sich noch nicht ganz auf die neue Organisation eingestellt. Unsere Kollegen müssen sich verpflichtet fühlen, nicht nur unsere Fachgruppenversammlungen zu besuchen und sich allein um ihre engeren fachlichen Angelegenheiten zu kümmern, sondern sie müssen an dem Gesamtleben im Baugewerksbund mit Interesse teilnehmen. Unsere Kollegen müssen zur Mitarbeit bereit sein. Zusammenarbeiten wird bedeutsam werden. Die Fragen über den „Grundstein“ haben eine gewisse Berechtigung; aber auch hier hat die Inflation einen Strich durch unsere Berechnungen gemacht. Die Vergrößerung des Blattes oder eine Beilage für die Fachgruppen war deshalb noch nicht zu erreichen. Doch soll diesen Wünschen so bald wie möglich Rechnung getragen werden. Unsere Kollegen müssen sich daran gewöhnen, wie in früheren Zeiten durch Einsenden von Berichten an der Ausgestaltung des Blattes mitzuarbeiten. Ueber die Behandlung der Fachgruppe innerhalb des Bundes ist zu beschließen keine Beratung. Im Gegenteil werden den kleineren Gruppen keinerlei Schwierigkeiten gemacht. In den anderthalb Jahren unserer Zugehörigkeit zum Baugewerksbund sind eine große Anzahl von Streiks durchgeführt worden, im laufe des Jahres schon über 20. In der alten Organisation wäre dieses nicht in dem Maße möglich gewesen. Die kleinen Gruppen sind in der gemeinsamen Organisation somit vollkommen geschützt gegen die Machtgier der Unternehmer. Der Kampf des Baugewerksbundes um den Achtstundentag war bei den Verhandlungen der kleineren Gruppen nicht ohne Einfluß. In unsern Töpfergruppen hat man nicht gewagt, den Achtstundentag anzufassen, nur in Dingen und Dornmisch ist unter Hilfe von Behörden eine längere Arbeitszeit eingeführt worden. Die Genehmigung von Streiks liegt in den Händen des Reichsfachgruppenmannes. Bei größeren Bewegungen verständigt er sich mit dem Bundesvorstand. Früher, im alten Verband, müßte 2 Monate vorher die Streickennennung eingeholt werden. Dies wäre unter den jetzigen Verhältnissen allerdings nicht mehr zeitgemäß. Aber die Streiks müssen früh genug angemeldet werden. In den Streik eintreten und dann um Genehmigung nachsuchen, ist nicht angängig und führt zu Unannehmlichkeiten. Auch andere Fragen, wie zum Beispiel die der Heizechnik, werden im Bund nicht behindert. Im Gegenteil, es ist das Wesen des Baugewerksbundes, keinerlei Einschränkung durch Zentralismus vorzunehmen. Wünschenswert ist hierbei, wie in allen Fragen, eine bessere Vertretung durch unsere Kollegen. — Die Konferenz der Fliesenleger in Cassel hat die Selbstständigkeit der Gruppen der Töpfer und der Fliesenleger aufrechterhalten. Nur da, wo ein Zusammenlegen der Fachgruppen zweckmäßig ist, soll es geschehen. Für beide Gruppen soll ein gemeinsamer Reichsfachgruppenmann die Leitung haben. Aufschluß bringt die Vertreter des Glasarbeiterverbandes sowie den Kollegen Thomas von den Dachdeckern. Die Kollegen rechnen an unsern Verhandlungen teil, um aus den Erfahrungen, die die Töpfer im Baugewerksbund gemacht haben, für ihre Entschlüsse zu lernen. Der von Glasarbeitern wird zurzeit der Anstoß an eine

keramische Gruppe erdort. Ob hierbei der Baugewerksbund oder der Verband der Fabrikarbeiter in Frage kommt, ist noch nicht entschieden. Wartzsch meint, die Glasarbeiter gehörten zur Gruppe der Stein- und Erden, und schon deshalb sei der Baugewerksbund für sie die richtige Organisation. Er glaube auch nicht, daß im Fabrikarbeiterverband eine Gruppe der keramischen Berufe in den letzten Mitgliedern gebildet werden könne. Im Deutschen Baugewerksbund sei dies sicher durchzuführen. Er mache diese Ausführungen nicht, um die Vertreter der Glasarbeiter zu überreden, sondern es sei dies seine innerste Überzeugung.

In der Aussprache kam allgemein zum Ausdruck, daß das Sinefinden in der neuen Organisationsverhältnisse hier leichter und dort schwieriger war, daß darin aber doch schon eine gute Besserung eingetreten ist. Mancher hat vielleicht größere Forderungen an den Zusammenschluß gestellt als erfüllt werden konnten. Das Ungeordnete in der neuen Organisation ist der etwas anders geordnete, viellecht nicht immer auf den sonst gewohnten freundschaftlich-kollektiven Ton abgestimmte Verkehr mit der Orts- oder Bezirksleitung; daraus ergaben sich ganz natürlich anfangs Schwierigkeiten. Und wenn diese in den 1 1/2 Jahren, die seit der Zugehörigkeit zum Baugewerksbund vergangen sind, zum größten Teil überwunden werden konnten, darf das auf beiden Seiten vorhandenen guten Willens, so hat doch der unter den Töpfern immer lebendig gewesene gute Geist der Kameradschaft das Beste dazu beigetragen. So teilte beispielsweise Kollege Wehlig, Belsen, mit, daß manche Kollegen sich in ihrer Inaktivität wieder nach ihrem alten Verband zurücksehnten. Zur Wiedererrichtung des Verbandes hätte es nur eines kleinen Anstoßes bedurft. Die Syndikalistischen jedoch die für ihre irdischen Zwecke auszunutzen, hatten damit aber kein Glück. Unsere Kollegen halten an ihrer selbständigen Organisation fest, in der Überzeugung, daß die Idee des Baugewerksbundes maßgebend und daß noch vorhandene Reibungsflächen verschwinden werden. Eigentliche Klagen wurden nur im Bezirksverband Leipzig erhoben, wo das Zusammenarbeiten mit der Bezirksleitung noch immer zu wünschen übrig läßt. Durch die geplante und vom Bundesrat beschlossene Amalgamierung des Bezirksverbandes wird auch hier ein besseres Verhältnis erzielt werden wie in anderen Bezirksverbänden und Baugewerkschaften, wo es daran noch fehlen sollte. In der Aussprache war aber auch die Einsicht zu erkennen, daß viele Schwierigkeiten aus der Zeitverhältnissen (Inflation, ungeheurer Arbeitslosigkeit u. a.) entstanden sind. War das erste Jahr des Baugewerksbundes doch das schwerste, das die deutschen Arbeiter und ihre Gewerkschaften jemals zu überstehen hatten. In der schärfsten Arbeitslosigkeit, in der immer wieder dahinschwindenden Lohnkaufkraft während des Währungsverfalls hatte die sogenannte Opposition ihre Wurzeln. Doch ist es in den Reihen der Töpfer nirgends zu nennenswerten Unzufriedenheiten gekommen. Wohl die meisten Redner haben in ihren Ausführungen anerkannt, daß bei den leitenden Stellen des Baugewerksbundes, vor allem im Bundesvorstand, der gute Wille vorhanden ist, Reibungsstellen zu beseitigen, und alle Fachgruppen zu ihrem Rechte kommen zu lassen. Das ging auch aus den Ausführungen des Kollegen Pappas hervor, der selbst an der Aussprache teilnahm. Aber selbst aus solchen Orten, wo unsere Kollegen einem Zusammenschluß von Anfang an widerstrebten, wurde erfreulicherweise berichtet, daß sie auch dort aus vollem Herzen Anhänger der Idee eines Baugewerksbundes sind. Auch die Anhänger der Idee in Töpferverbänden erdort wurde, seien ihre zweckmäßigste Vertretung im Baugewerksbund. Der Fabrikarbeiterverband wurde ausdrücklich als für den Töpferberuf nicht geeignete Organisation bezeichnet. Geradezu als ein Mißstand wird es empfunden, daß die in den Fabrikbetrieben beschäftigten Hilfsarbeiter vielfach noch dem Fabrikarbeiterverband angehören. Wenn es für sie in manchen Orten noch an einer tariflichen Lohnregelung fehlt, so ist dies hauptsächlich auf diese organisatorische Zerstückelung zurückzuführen. Fast alle Redner haben den Wunsch nach einem Ausbau des „Grundstein“ bezeugt, dahingehend, daß die Eigenheiten der Fachgruppen in einer besonderen Beilage oder in sonst geeigneter Weise mehr als bisher Rechnung getragen werde. Bei den Töpfern ist die persönliche Zusammengehörigkeit in der Organisation besonders stark ausgeprägt. Das Fehlen der Stierbefehl wird deshalb sehr unangenehm empfunden. Auch hierbei fehlte nicht die Einsicht, daß die Inflation viel von dem behindert hat, was für den Ausbau der Bundeszeitung geplant war. Vor allem dürfen unsere Kollegen es aber auch nicht an einer gemeinsamen Zeitung durch den Reichsfachgruppenobmann vermissen. In der Frage des Zusammenwirkens der Fliesenleger und Töpfer war man mit einer gemeinsamen Zeitung durch den Reichsfachgruppenobmann einverstanden. In übrigen bestand jedoch der Wunsch nach selbständiger Gruppenbildung. Anerkannt wurde, daß zwischen Töpfern und Fliesenlegern keine Differenzen bestehen, wogegen Maurer sehr oft Fliesenlegerarbeiten ausführen unter den von der Fliesenlegergruppe mit den Unternehmern tariflich festgesetzten Preisen. Grünzel als Vertreter des Glasarbeiterverbandes sprach über eine Verschmelzung. Wenn auch die Verschmelzung der Glasarbeiter, Porzellanarbeiter und Töpfer zu einem Kameradschaftsverband gescheitert sei, so habe er diese Frage doch weiter verfolgt. Die Porzellanarbeiter haben eine Verschmelzung neuerdings wieder abgelehnt, die Töpfer sind inzwischen dem Baugewerksbund beigetreten. Auf dem Verbandstag der Glasarbeiter sei man von der Notwendigkeit einer Verschmelzung überzeugt gewesen, doch war die Meinung geteilt darüber, ob der Fabrikarbeiterverband oder der Baugewerksbund als aufzunehmende Organisation in Frage komme. Daß ein Teil der Glasarbeiter dem Fabrikarbeiterverband schon angehört, spreche ebenso für den Anschluß an diesen Verband, wie die fortschreitende Mechanisierung der Arbeit. Vom Gesichtspunkte eines Industriefachverbandes der Steine und Erden sei der Baugewerksbund vorzuziehen. Von ange-

schlossenen Gruppen noch gegen den Baugewerksbund vorgebrachte Klagen werden mit der Zeit verschwinden, da der gute Wille vorhanden ist, ihre Ursachen zu beheben. Redner bekräftigt jedoch Schwierigkeiten, wenn immer mehr Berufe zum Baugewerksbund kommen. Er könne sich nicht für die eine oder andere Organisation entscheiden. Auf seine Frage, wie es bei einer Verschmelzung mit der Zeitung werde, und ob der Fachgruppenleiter bei Lohnkämpfen selbständig handeln könne, antwortete Schmidt, Schriftleiter des „Grundstein“, daß in dieser Hinsicht gar keine Bedenken bestehen. Den Obleuten der Reichsfachgruppen ist volle Bewegungsfreiheit im Rahmen des Gesamtbundes zugesichert. Größeren Gruppen wird man auch mehrere Obleute zugestehen, auch die Bundeszeitung soll so ausgestaltet werden, daß alle Fachgruppen zu ihrem Rechte kommen! Müller vom Glasarbeiterverband betonte besonders, daß ein Anschluß an den Baugewerksbund in seinem Verbande sehr ernstlich erwogen werde, das zeige schon die Teilnahme von 2 Vertretern an dem Verbandstage. Der Verlauf der Verhandlungen habe gezeigt, daß der Anschluß sehr erwünscht sei. Er könne sich dafür einsetzen. In seinem Schlußwort konnte Wartzsch feststellen, daß unsere Kollegen mit den Verhältnissen im Baugewerksbund durchaus zufrieden sind. Vorgebrachte Wünsche werden berücksichtigt werden. Auch aus dem Leipziger Bezirksverband wird nach der geplanten Veränderung in Kürze Besseres zu berichten sein. Wir können uns im Baugewerksbund durchsetzen. Das bringt aber auch, daß unsere Kollegen ihre Bundespflichten strikte erfüllen. Dann wurde ein Antrag Gera abgelehnt, der die Fachgruppen mit einem nach der Zahl ihrer Mitglieder zu berechnenden Satz an die Einnahmen der Baugewerkschaften beteiligen will. Ebenfalls abgelehnt wurde ein Antrag Magdeburg, wonach über Streik und Wiederaufnahme der Arbeit mit zwei Dritteln Mehrheit beschlossen werden soll. Einstimmig wurde der Antrag angenommen, den Fliesenlegern wieder ihre alten Rechte zur Fachgruppenbildung einzuräumen. Die Wiedererrichtung des Unterstufungswesens wurde als dringend notwendig bezeichnet. Alle übrigen Vorträge wurden dem Bundesvorstand zu weiterer Behandlung überwiesen. Die Prüfung der Ausweise ergab die Unvollständigkeit von 20 Abgeordneten, nämlich 10 Ofensehern, 8 Ofenformern, 4 Scheibentüpfelern, die Kollegen Woffso, Freitag und Vier sowie Bephal, Hamburg, Fliesenleger, an dem Verbandstage teil. Kollege Wertz war irtümlich als gewählt erklärt worden. Sein Mandat wurde jedoch einstimmig anerkannt.

Bei der Wahl der Delegierten zum Bundesrat einigte man sich, alle Bezirke möglichst zu berücksichtigen und die Vertretung aus 4 Ofensehern, 2 Ofenformern, 2 Scheibentüpfelern, 2 Fliesenlegern und 2 Steinzeugarbeiter zusammenzusetzen. Gemäß wurden demgemäß Kemnitz, Westphal, Tramonet, Witrofsch, Reitzig, Stachmann, Wiersböcker, Jahn, Stiefel, Jzrael, Richter und Stupla. Ferner werden am Bundesrat teilnehmende die Kollegen Vier, Woffso und Freitag.

Ueber die Tarifpolitik berichtete Wartzsch. Bei den Ofensehern hat sich der Gedanke für die Bezirkskartei weiter durchgesetzt. Bis 1916 waren die Löhne in Ostpreußen noch bis zu 50 % unter dem Königsberger Tarif. Durch den Bezirksrat sind die Provinziallöhne nahe an den Königsberger Lohn herangerückt. Ebenso liegt es in Sachsen. Die Ofenseher gehen dort von dem Bezirksrat nicht ab, trotz der Chemnitzer Treibererei. In Schleswig-Holstein waren die Löhne früher außerst niedrig; jetzt ist ein gleicher Lohn von 81 % für den Bezirk durchgesetzt. In Rheinland-Westfalen wurde von den Unternehmern wegen der Handwerkerentgeltbildung der Tarif gestiftet. Der Angriff wurde abgelehnt. Zurzeit betragen die Löhne im ganzen Bezirk 32 % über den Kölner Maurerlohn. In Thüringen ist es uns gelungen, die Löhne nach und nach auszugleichen. In der Provinz Brandenburg wurde endlich nach langem Mühen ein Bezirksrat auf Berliner Grundlage abgeschlossen. In allen Tarifen ist der Achtstundentag aufrecht erhalten worden. Bei der Verhandlung über den Rahmenvertrag für die Ofenseher Deutschlands erklärte der Vertreter der Unternehmer, Unterberger, Breslau, die Frage des Achtstundentages werde von den Arbeitern prinzipiell aufgegeben; die Ofenseher würden gern länger arbeiten. Dies stimmt leider bei einzelnen Kollegen und trifft auch für einige Scheibentüpfel zu. Der Ferienvertrag, der als eine vorläufige Grundlage gelten konnte, ist durch die Inflation aufgrund gegangen. Er wird jedenfalls, nachdem die Markt stabilisiert ist, wieder aufleben. Ueber den Rahmenvertrag wäre jedenfalls schon früher verhandelt worden; durch den Zwischenfall in Rheinland-Westfalen mußte ein Aufschub eintreten. Das Resultat dieser Verhandlungen ist jedem Delegierten ausgehändigt worden; es unterliegt der Abstimmung. Es können auch Änderungen vorgenommen werden, da Mitte September die abschließende Verhandlung stattfindet. — Bei den Lohnbewegungen der Scheibentüpfel werden die Fabrikanten schon immer recht unzugänglich. In der Nachkriegszeit schien es besser zu werden. Einzelne Fabrikanten waren zugänglich und es gelang, nachdem schon monatelang vorher zentrale Abmachungen zustande gekommen waren, 1923 einen Rahmenvertrag abzuschließen. Die schließlichen Fabrikanten waren dagegen, so daß es zu mehrfachen Streiks kam; die letzteren sind nicht immer günstig verlaufen. Die Verhandlungsverfahren schickte. Die Ofenseher und der Fabrikarbeiterverband hatten dagegen Einspruch erhoben, weil sie nicht als Tarifteilnehmer anerkannt wurden. Der Vertrag geriet aus den verfahren aus dem Grund: Eine Reihe von Unternehmern schieden aus dem Arbeitgeberverband aus, eine große Arbeitslosigkeit setzte ein, ein Teil unserer Mitglieder wurde durch den Delegierten unter. In der Folge wurde der zuletzt zentral regelte Streikinhalt in den beschriebenen Orten nicht mehr getätigt. Durch Streiks war vorläufig nichts zu erreichen. Als Bezirksrat kann nur der Anhaltische gelten, alle anderen sind gestört. Zurzeit sind nur örtliche Verhandlungen möglich. Der Reichsrat mit den Bauarbeitern

diesen Ausschluß protestieren. Er wird seine Wiederaufnahme zu erwirken versuchen; falls dies fest schlägt, wird er anderswo eine Gastrolle geben. Mitteilungsbedürftig auch er, wie viele solcher Maulbeeren, „abgeklart“ sein und die nötige Reife erlangt haben. Arbeiterorganisation sein und bleiben, dann hat man vor allen Dingen auch Disziplin zu üben. Für die Mitglieder des Baugewerksbundes ist der Ausschluß keines bedeutungslos. Die Anhänger vor Kaiser werden den Ausschluß bedauern. Aber die Freigeistlichen mögen aus der Raubbau Raifers die Lehre ziehen, beratigen Spaltigen und berrannten Phrasen haben zukünftig die Gefolgschaft zu verlagen.

Aus den Fachgruppen.

Isolierer.

Einer städtischen Wasserleitung für Bau und Reparatur sucht für sofort Paul Festscher, Obermeister, Alpboda 1. Thüringen.

Isolierer.

Ist der Isolierer ein „gelernter“ oder „ungelernter“ Arbeiter? Zu dieser Frage nahm die Fachgruppe der Isolierer in Lu d w i g s h a s e n Stellung. Man schreibt uns von dort: Bei den Tarifverhandlungen ist regelmäßig von den Unternehmern erklärt worden, der Isolierer sei nur ein ungelerner Arbeiter. Aber wie jeder andere Beruf, ob Maurer, Gipser, Schlosser oder sonstiger Facharbeiter, zählt auch der Isolierer, der selbständig jede vorkommende Isolierung ausführen kann, zu den g e l e r n t e n Arbeitern. In früheren Jahren, als man in den Fabriken in primitivster Weise die Dampf- und Wasserleitungen mit Stroh und Lehm umwickelte, konnte man allerdings kaum von einem „Isolierer“ sprechen, aber seit der Einführung der Korfbisolierung durch die Firma Grünzweig & Hartmann ist das Isolieren zu einer komplizierten Arbeit geworden. Geeignete Arbeiter werden dazu herangezogen; es ist noch nicht sehr lange her, da mußte jeder Isolierer, ehe er von seiner Firma auf Montage geschickt wurde, zuerst in der Fabrik eine Probearbeit ausführen. Infolge der Entwicklung der Korfbisolierung und der verbesserten andern Materialien war ein ständiges Umlernen erforderlich, so daß nur qualifizierte Arbeiter zur Ausführung der Isolierarbeiten herangezogen werden konnten. Weil im Isoliergewerbe die Ausbildung von Lehrlingen nur selten vorkommt, glauben die Unternehmer nur von „Ungelernten“ reden zu können. Aber wie lange braucht ein Facharbeiter, um alle Facharbeiten ausführen zu können? Das dauert nicht Tage und Wochen, sondern Monate und Jahre, bis ein Helfer unter der händigen Leitung eines Isolierers alle erforderlichen Fertigkeiten erworben hat. Es gibt verschiedene Firmen, die von einem Reineinzelfachmann ein Zeugnis verlangen, in dem festgelegt ist, daß der Betreffende alle Arbeiten für Wärme- und Kältefach ausführen kann; einige machen die Einstellung sogar abhängig von dem Nachweis einer abgelegten Gesellenprüfung. Die Kollegen selbst sollten auf die Ablegung einer Gesellenprüfung dringen. In manchen früheren Tarifverträgen war festgelegt, wie lange einer Helfer gewesen sein mußte, ehe er Isolierer wurde. Gegenüber dem Unternehmer Herrn S a m u e l s, Berlin, der bei den Tarifverhandlungen in Berlin behauptet hat, daß der Isolierer überhaupt nicht auslernt, selbst wenn er einen Lehrmeister hat, der mehr than als Herr Samuels, der sich selbst wohl hüten wird, Isolierer auf Montage zu schicken, die nur ein paar Monate im Beruf tätig waren. Der Isolierer sollte und mußte praktisch und theoretisch auf Dampf oder Kälte ausgebildet sein, aber leider wird dabei von den Unternehmern selbst zu viel geschätzt. Werden in einer Fabrik oder in einem Werk größere Isolierarbeiten gemacht, so verlangt die Firma, daß das Werk die Hilfsarbeiter stellt; fast stets überfordert das Werk dazu Fabrik- oder Werkmaurer, die dann später von dem Werk ausgenutzt werden als Werkisoliierer zur Ausführung der vorkommenden Reparaturen. Diese Werkisoliierer können aber nur arbeiten in vollem Umfange nur sehr selten ausführen. Die Isolierfirmen würden in ihrem eigenen Interesse handeln, wenn sie überall die Stellung der Hilfsarbeiter seitens der austragenden Firmen ablehnten und selbst die Helfer stellten. Das würde ihnen mehr Arbeit schaffen und die Puscharbeit eindämmen. Die Isolierer müßten die Firmen hierbei unterstützen und dort, wo Hilfsarbeiter gestellt werden, diese zu keiner andern Arbeit heranziehen als zur Herbeischaffung des Materials. Es gibt allerdings auch in Fabriken Werkisoliierer, die früher selbständig als Isolierer auf Montage gingen und Arbeit auf Werten suchen und fanden, weil sie dort eine sicherere Existenz haben als bei den Isolierfirmen. Dem Abwanden dieser Kollegen in die Fabriken müßten die Unternehmer dadurch Einhalt tun, daß sie nicht nur für dauernde Arbeit sorgen, sondern auch die Löhne und Zulagen zu bestimmen müßten, daß die Isolierer eine geordnete Existenz haben. Im Interesse des Isolierergewerbes läge es, wenn dies von Unternehmern und Arbeitern beachtet würde.

Strohholzleger.

Im Prämienystem. Die Firma „Jama“, G. m. b. H., Hannover, die sich schon verschiedentlich unliebsam bemerkt gemacht hat, gibt besondere Einstellungsbedingungen heraus, die wer sind, einmal unter die Lupe genommen zu werden. Zieben Paragraphen umfassen die Einstellungsbedingungen, während in § 1 gesagt wird, daß bis zum Inkrafttreten eines neuen Reichstarifvertrages die alten Leistungen gelten sollen, heißt es in § 2, daß „Ferien“ nicht gewährt werden. In § 3 wird den „Fußbodenlegern“ anstatt des dreifachen der vierfachen Stundenlohn als Auslösung genehmigt, die jedoch durch den 4. § erhöht werden kann, wenn der Arbeitnehmer erklärt die Berechtigung, falls er dies wünscht, zur Verbilligung seines Lebensunterhaltes bis zu 10 Stunden täglich zu arbeiten, wobei aber Procents bis zu beiden Überstunden nicht bezahlt werden.“ Als Lohngrundlage gilt der in Hannover vereinbarte Maurerlohn. Wenn ein Fußbodenleger den Anforderungen der Firma nicht genügt, behält sich letztere das Recht vor, den Lohn auf den Lohn eines Hilfsbodenlegers

oder eines Helfers zu kürzen. Hierbei soll die Meinung eines von der Firma zu bestimmenden Sachverständigen maßgebend sein. Den Schluß bildet die Bestimmung, daß jeder Arbeitnehmer, der von der Firma als Fußbodenleger anerkannt ist, Anspruch auf Mitbeteiligung an dem von der Firma eingeführten Prämienystem hat. In einem Rundschreiben an die Fußbodenleger wird dieses Prämienystem erläutert und gesagt, daß nicht „Massenarbeit“, sondern „Qualitätsarbeit“ bewertet wird. Hilfsleger und Helfer haben keinen Anteil an den Prämien, sie sollen das Bestreben haben, durch gute Leistungen bald Legeer zu werden. „Sie haben es jetzt selbst in der Hand, Ihr Einkommen und Ihre Stellung bei der Firma zu verbessern!“ So ruft die Firma ihren Leuten in dem Rundschreiben zu. Die Prämie soll betragen:

für jedes verlegte qm doppelschicht. Fußboden	15	24
„ „ „ „ „ einschichtig	20	24
„ „ „ „ „ Substanz	15	1
„ „ „ „ „ „	20	14

und zwar bei folgenden Leistungen:

in 10 Std. 12 qm doppelschicht. Fußboden	20	mark
„ „ „ „ „ „	15	„ (gepacht)
„ „ „ „ „ „	15	„
„ „ „ „ „ „	18	„
„ „ „ „ „ „	30	„
„ „ „ „ „ „	27	„

Die Prämie soll im Jahr 100 Mk. betragen. Als Beispiel wird angeführt, daß in 1 Stunde 2 qm Stumpfholzfußboden

Für die Woche vom 14. bis 20. September ist der 38. Bundesbeitrag für 1924 zu zahlen.

hergestellt werden. Dies ergibt im Jahre bei 250 Arbeitstagen (2500 Stunden) 1000 qm Stumpfholz zu 24 = 100 Mk. Erstmals soll diese Prämie an die allen Fußbodenleger der Firma Westmächten 1924 zur Hälfte (als Vorfuß) gezahlt werden. Dann folgt eine ganze Reihe von Bedingungen für die Auszahlung der Prämien. Fast jede Reklamation des Auftraggebers führt zum Verlust der Prämien. Wir müssen es uns wegen Raumangels verlagern, auf die Einzelheiten einzugehen. Maßgebend für die Feststellung der Reklamationsurachen sind allein die Firma und ihre Sachverständigen. — Zu sagen braucht man zu dem ganzen Vorgehen der Firma eigentlich nichts. Die Dinge reden für sich selbst. Unsere Kollegen sollten auf derartige Prämien ohne weiteres verzichten. Jeder einrichtige Arbeiter wird stets bemüht sein, seine Arbeit so abzuliefern, daß sie haltbar ist und den an sie gestellten Anforderungen entspricht. Das ist besonders erforderlich, wenn es sich um Arbeiten handelt wie Stumpfholzfußboden, die sich ihnen Dauerhaftigkeit noch sehr unklar sind. Was da an Prämien in Aussicht gestellt wird, ist rein problematischer Natur. In der Stumpfholzbranche können die Kollegen, sofern sie sich nicht von der Unternehmung einwickeln lassen, durch einiges Vorgehen manches erreichen. Auf keinen Fall sollten unsere Kollegen auf die Ferien verzichten, auch wenn kein Tarifvertrag zu Stande kommt; denn Ferien wurden bei einigen Stumpfholzfirmen gewährt, die solche im Baugewerbe durchgeführt waren. Das wissen die Unternehmer, deswegen wünschen auch sie, zu einem Verträge zu kommen.

Lötzer und deren Hilfsarbeiter.

Frankreich. Am 25. August wurde für die Ofenseher und Hilfsarbeiter in Stadt und Landkreis S t r a ß b u r g, Elsaß, der Streik proclaimed, weil sich die Unternehmer weigern, einen Tarif abzuschließen. Der allein ist es Herr G. Faigle in Straßburg-Neudorf, der sich dabei als der größte Scherzmacher erwiesen hat. Der „Prolet“ Faigle war eigentlich eine große Ramone im früheren Tarpverband. Im Herbst 1913 aber nahm er Abschied von seinen Kollegen, die er wurde Meister. Dann zog er in den Krieg, kehrte aber schon am 2. August 1915 wieder in seinen Wirkungskreis zurück. Bald nach dem Kriege blüht dann die „Fabrique du poslos on layone“ (Ofenfabrik S t r a ß b u r g) auf; sie wurde mit Hilfe eines deutschen Industriellen in Schwung gesetzt. Nun ist Faigle Vorkämpfer der Unternehmer, wie er früher Vorkämpfer der Straßburger Kollegen war. Wir bitten die deutschen Kollegen, Straßburg strengstens zu meiden. Anfragen richten man an Albert Jang, Ofenseher, Straßburg-Neudorf (Elsaß), Erlreimeierstraße 22.

Lohnbetragung. In den Orten G l e i w i t z, Beuthen, Hindenburg und D p p e l n haben die Ofenseher die Arbeit niedergelegt. Die Unternehmer lehnten jede Verhandlung mit ihnen ab. — Auch in W u n z l a u, A u m s b u r g und M i s t l a u wird es voraussichtlich zum Streik kommen. Die Unternehmer lehnten den vom Schlichtungsausschuß festgesetzten Stundenlohn von 28 A ab. Auch der Schlichter lehnte die Verbindlichkeitsklärung ab, so daß der Kampf unabwendbar erstreckt.

2. ständige Ofenseher suche bei gutem Lohn. Arbeit ist bis Weihnachten, auch noch länger vorhanden. W. Jabel, Zöpfermeister, Stendal, Magdeburg 40, Weststr. 17.

3. ständige Ofenseher sofort gesucht. S. Maack, Zöpfermeister, Bad Döberitz i. Pommern.

Wir suchen einige ständige Ofenseher auf Kachelwerke, eingearbeitet, bei dauernder Beschäftigung. Ofisten an Willers & Koch, Westfalter, Frankfurt a. M., Weststr. 17.

4. ständige Ofenseher sucht sofort G. Kauf, Kachelofenherstellung, Döttingen, Hohenstraße 74.

Jungere ständige Ofenseher auf Kachelwerke sofort gesucht. Georg Höp, Ofenseher, Westfalten (Westring, Sachsen).

2. ständige Ofenseher für Drehschleifmaschine und transportablen Kachelofenbau sofort gesucht. Richard Wolffe, Kachelofenbaugesellschaft, S a n n i m i, Westfalen.

Ständige Ofenseher stellt sofort ein S. Kreis, Zöpfermeister, Bad i. Pommern.

Wichtigere ständige Ofenseher für transportable Ofen werden noch eingestellt. Heinrich Dautz, Ofenfabrik, G e l s e i, Hannover.

Stichtager, streikbarer Ofenseher, Spezialist auf transportable Kachelofen, sofort gesucht. Bei guter Stellung Dauerstellung. Westfälische Kachelofenfabrik S a n n i m i & S t r i e n i c k, G e e s, Westfalen.

Wichtigere Ofenseher gesucht. Arbeitsnachweis Wilhelm Sagemann, Arbeitsnachweis, Hildesheim 40.

Ständige Ofenseher stellen sofort bei einem Stundenlohn von 1 Mk. ein Drilner & Mattenbergs, Bremen, Dehmstraße 11, 8.

Allgemeine Rundschau.

Zwei Wege der Erziehung. Der italienische Unterrichtsminister hat eine Reform der Mittelschulen durchgeführt. Seine Ansicht war, die Bräuterei der Mittelschulen zu beenden. Die Bräuterei der Mittelschulen ist die Bräuterei der Mittelschulen, die den Kindern Anfordernungen stellt, denen nur Kinder wohlhabender Eltern, die alle Bequemlichkeiten genießen und außerdem noch Privatunterricht erhalten, genügen können. Mussolini erklärte, diese Reform sei die allerfortschrittlichste unter sämtlichen Reformen dieser Partei. Das Wissen soll das Eigentum der oberen Schichten bleiben, die auch das Kapital besitzen. Einen anderen Weg zeichnet die e n g l i s c h e Regierung vor. Der Finanzminister Snowden hat vor kurzem 440 000 Pfund, die er von den Staatsausgaben ersparen konnte, dem Unterrichtsminister Trevelyan zur freien Verfügung überlassen. Dieser erklärte aber, den Betrag zum größten Teil für die Schaffung freier Stellen an den Mittel- und Hochschulen zu verwenden, damit die höhere Erziehung den Angehörigen der Unbemittelten zuteil werde. Dies ist der e n g l i s c h e Weg zur Erziehung.

Bücher und Schriften.

Würgerkrieg und Volksgewissen in Deutschland. Von Karl W a r d o n i n. Preis 60 A. Die Broschüre fällt nicht nur auf die Literatur der Volkswissenschaften. Sie fällt die Arbeiter aber die Weibchen der Kommunisten auf. Sie weist nach, daß ein Bürgerkrieg die Lage der Arbeiter noch mehr verschlechtert, je noch auf ein letztes Stadium herabdrückt, das für ein Sowjetdeutschland alle wirtschaftlichen, politischen und sozialen Voraussetzungen fehlen, daß ein solcher Staat mit einer Diktatur nach bolschewistischem Muster eine glatte Unmöglichkeit ist. Leipzig, Buchverlag Dr. C. W. Metzler, Auguststraße 19/21.

Bekanntmachung des Bundesvorstandes.

Bundeskalender 1925. Der Kalender ist so weit fertiggestellt, daß der Versand Ende September beginnen kann. Die Vorstände der Baugewerkschaften werden ersucht, dem Bundesvorstande ihre Bestellungen recht bald zu übermitteln. Die Mitglieder bestellen sich den Kalender beim Vorstand ihrer Baugewerkschaft. Der Kalender kostet 50 A.

„Banabend“. Schriften für das Jungvolk vom Bau. Das erste Heft dieser in loser Folge erscheinenden Zugschriften unseiner Bundes: „Bau und Leben unserer Jugend“ abteilungen“ geht in den nächsten Tagen in je 2 Exemplaren unsern Baugewerkschaften zu. Wir bitten, für die weiteste Verbreitung Sorge zu tragen. Bestellungen sind an den Bundesvorstand zu richten. Der Einzelpreis des Büchleins ist 10 A.

- Angesuchter auf Grund § 16 der Bundesordnung sind von der Baugewerkschaft Berlin: Theodor Wendorf, Stultze, geb. 21. 2. 75 zu Niege (682649), Alfred Conrad, Stultze, geb. 3. 1. 92 zu Berlin (472798), Georg Dietrich, Stultze, geb. 14. 2. 69 zu Nürnberg (691700), und Karl Roggenwaldt, Stultze, geb. 8. 7. 78 zu Berlin (1404158); von der Baugewerkschaft B e r o w i t z: Richard Lorenz, geb. 29. 9. 87 zu Neugersdorf (381371); von der Baugewerkschaft B e r e m b a u e n: Johann Fehn, Erbarbeiter, geb. 5. 2. 1900 zu Westbaderhefen (777233), Wilhelm Fehn, Erbarbeiter, geb. 2. 4. 95 zu Köhlen (1268051), Dietrich Focken, Erbarbeiter, geb. 15. 7. 02 zu Dingen (743485), Alfred Gräff, Erbarbeiter, geb. 30. 5. 03 zu Braunshoeweg (144154), Hermann Grunke, Erbarbeiter, geb. 27. 9. 98 zu Mebel (796469), Rudolf Koch, Erbarbeiter, geb. 2. 10. 02 zu Niegedorf (1362119), Heinrich Raab, Erbarbeiter, geb. 9. 1. 97 zu Kachelberg (685318), Anton Lang, Erbarbeiter, geb. 13. 12. 92 zu Niege (777235), Michel Rubinia, Erbarbeiter, geb. 11. 11. 89 zu Dypen (743352), Eduard Mauchow, Erbarbeiter, geb. 17. 9. 02 zu Rodstedt (1410484), Otto Reunah, Erbarbeiter, geb. 11. 7. 02 zu Ermslohe (586123), Jakob Sankoff, Erbarbeiter, geb. 22. 2. 1900 zu Niege (1144923), Otto Schwenker, Erbarbeiter, geb. 1. 1. 1900 zu Sjnsum (743384), Dietrich Steinberg, Erbarbeiter, geb. 20. 7. 85 zu Horst (545102), Louis Tietjen, Erbarbeiter, geb. 23. 8. 74 zu Wollshof (796422), Christian Wackernagel, Erbarbeiter, geb. 14. 8. 96 zu Kraansmoor (796461), Karl Waltemate, Erbarbeiter, geb. 24. 7. 79 zu Heiligentrichshof (1266152), Martin Weers, Erbarbeiter, geb. 15. 1. 02 zu Waul (583437), Karl Zan, Maurer, geb. 17. 8. 71 zu Berned (743425), Heinrich Meyer, Maurer, geb. 14. 1. 80 zu Soiste (164909), Karl Seipke, Maurer, geb. 6. 11. 86 zu Lughaven (658095), und Dietrich Knüfel, Maurer, geb. 20. 8. 73 zu Bremen (428323); von der Baugewerkschaft C o b u r g: Adolf Dreßel, Maurer, geb. 11. 7. 96 zu Rottach (781676), Hugo Amend, Hilfsarbeiter, geb. 29. 9. 69 zu Wilsenhagen (1295944), und Julius Dusch, Hilfsarbeiter, geb. 13. 2. 82 zu Schauerfeld (612860); von der Baugewerkschaft E r f u r t: Hans Clemens, Maurer, geb. 5. 9. 01 zu Gerlich (710648), Reinhold Feigenbaum, Maurer, geb. 26. 9. 75 zu Olach (291474), Willi Feigenbaum, Maurer, geb. 15. 6. 03 zu Jammersburg (800149), Heinrich Geisler, Maurer, geb. 19. 1. 73 zu Großargula (111583), Fern. Hoffstein, Maurer, geb. 19. 2. 24 zu Gippersleben (627370), Karl Schreiber, Maurer, geb. 12. 10. 05 zu Erfurt (961302) und Hans Waisitz, Hilfsarbeiter, geb. 2. 12. 98 zu Stotternheim (111213); von der Baugewerkschaft F o r t: Karl Bergammer, Maurer, geb. 16. 1. 89 zu Cottbus (1168078), Emil Wiegler, Maurer, geb. 28. 5. 75 zu Dintendorf (390732), Max Sandert, Maurer, geb. 2. 4. 04 zu Groß-Jamer (1084170), Walter Koffatz, Maurer, geb. 18. 3. 94 zu Szaafow (703780), Karl Kraußig, Maurer, geb. 13. 6. 86 zu Groß-Jamer (462161), Friedrich Rindner, Maurer, geb. 20. 12. 81 zu Sornno (703974), Richard Mattig, Maurer, geb. 10. 10. 92 zu Forst (703774), Willi Meffe, Maurer, geb. 6. 2. 1900 zu Weßpaff (773410), Paul Profke, Maurer, geb. 9. 6. 86 zu Sirega (108445), Willi Schneider, Maurer, geb. 29. 8. 73 zu Berlin (971079), und Ernst Wonneberg, Maurer, geb. 3. 2. 83 zu Tschafsdorf (708716); von der Baugewerkschaft G r e i s s w a l d: Albert Gerde, Hilfsarbeiter, geb. 17. 1. 68 zu Greifswald (781440), und Fern. Kratze, Maurer, geb. 14. 10. 76 zu Greifswald (83489); von der Baugewerkschaft H a m b u r g: Franz Gaden, Glaser, geb. 5. 5. 93 zu Hamburg, und Johannes Schellinger, Glaser, geb. 31. 1. 88 zu Neubrandenburg. Der Bundesvorstand.